**Ausgewählte Reden und Aufsätze von Enver Hoxha erschienen** Seite 4

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 50 vom 14. Dezember 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

### Radikale D'K'P-Töne gegen Lohnraub und Arbeitslosigkeit?

## D'K'P-Parolen sollen Arbeiter vom Kampf abhalten!

„Höhere Löhne führen zu weiteren Massenentlassungen" — so versuchen die Kapitalisten zur Zeit die Arbeiter einzuschüchtern und vom Kampf für mehr Lohn abzuhalten. Sie praktizieren das besonders im Hinblick auf die laufende Tarifbewegung in der metallverarbeitenden Industrie. Sie spekulieren darauf, daß den Metallern, die ja zum großen Teil in der Autoindustrie oder deren Zuliefererbranchen beschäftigt sind, Massenentlassungen und Kurzarbeit so in die Knochen gefahren sind, daß sie aus Angst vor dem drohenden Verlust ihres Arbeitsplatzes zum Lohnverzicht bereit sind. Wenn auch die Mehrheit der Kollegen auf die Behauptung, Ursache für die wachsende Arbeitslosigkeit seien zu hohe Löhne, nicht hereinfällt, so schafft doch die Drohung mit der Arbeitslosigkeit große Unsicherheit. Immerhin gibt es zur Zeit nach Regierungsangaben bereits 800 000 Arbeitslose und selbst die Bourgeoisie hält es für wahrscheinlich, daß im Laufe des Winters die Arbeitslosigkeit über eine Million steigt.

Arbeiterklasse. Und auch jetzt werden die wachsenden Krisenerscheinungen vom Sinken der Reallöhne, von verschärfter Rationalisierung, Kurzarbeit und Massenentlassungen begleitet.

Warum stehen die Autos also wirklich auf Halde? — Eins ist klar: die Autos sind nicht deshalb unverkäuflich, weil keiner mehr ein Auto haben möchte, sondern weil immer weniger Werktätige sich infolge der Preissteigerungen und des Sinkens der Reallöhne noch ein Auto — von einem Neuwagen ganz zu schweigen — leisten können. Das gilt auch für Wohnungen und die Produkte anderer Branchen, in denen von einer „Absatzkrise" die Rede ist.

*„Sicherung der Arbeitsplätze durch Erhöhung der Massenkaufkraft"* — diese Losung wird zur Zeit von der D„K"P in ihrer Zeitung UZ und in ihren Betriebszeitungen massiv propagiert. Und auch DGB-Bonzen wie Vetter und Loderer gehen inzwischen damit hausieren. Die D„K"P-Revisionisten treten also der Hetze der Bourgeoisie scheinbar entgegen, indem sie erklären, eine Erhöhung der Massenkaufkraft — also der Löhne — führe nicht zu größerer Arbeitslosigkeit, sondern mache im Gegenteil die Arbeitsplätze „sicherer". In der UZ vom 14. 11. wird an einem Beispiel dargestellt, wie die Sache funktionieren soll: *„Rund 250 000 Autos stehen auf Halde, weil der Inlandsabsatz nicht funktioniert. Das macht etwa 2,5 Milliarden bei 10 000 Mark pro Stück. Ein Prozent mehr Lohn sind aber schon 4,2 Milliarden, genug die Autohalden abzubauen."*

Die D„K"P-Revisionisten versprechen also nicht nur den krisenfreien Kapitalismus, sie behaupten auch noch, daß es den Arbeitern dabei immer besser gehen könne; denn höhere Löhne sind ihrer Ansicht nach nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch im Interesse des Kapitalismus.

Die KPD/ML weist der Arbeiterklasse den Weg des revolutionären Klassenkampfes. Bild: Demonstration am 1. Mai 1973

Man fragt sich nur, warum die Kapitalisten das nicht längst gemerkt haben. Seit es den Kapitalismus gibt, haben die Kapitalisten den Ausweg aus der Krise stets in der verschärften Ausbeutung der Arbeiterklasse, in Lohnraub und Massenentlassung, letztendlich in Faschismus und Krieg gesehen, aber noch nie in Lohnerhöhungen für die

Stimmt es also, daß die Autos deshalb auf Halde stehen, weil — wie die D„K"P behauptet — die Inlandsnachfrage nicht funktioniert? Diese sogenannte Erklärung für die Überproduktionskrise ist in Wirklichkeit ein reiner Taschenspielertrick.

Fortsetzung auf Seite 5

### Bremen:

## Faschistischer Terror

**Ein faschistischer Anschlag wurde am 7. Dezember im Bremer Hauptbahnhof verübt. In einem Schließfach wurde eine Bombe deponiert und zur Explosion gebracht. Hunderte von Menschen waren gefährdet, 5 wurden verletzt. Bereits einen Tag nach dem Anschlag wurde im Fernsehen und über den Rundfunk die Behauptung der Polizei verbreitet, die Attentäter seien in der Roten Armee Fraktion oder in ihrem Umkreis zu suchen. Nach allen Informationen, die uns bis zum Redaktionsschluß vorliegen, ist das eine ungeheuerliche Lüge. Der Anschlag von Bremen richtete sich gegen Menschen aus dem Volk. Das ist konterrevolutionärer, faschistischer Terror.**

Die Handschrift dieses Verbrechens kommt einem nicht unbekannt vor. Es ist die Handschrift von Birmingham, wo bei einem Anschlag auf ein Wirtshaus zwei Jugendliche getötet und weitere zum Teil schwer verletzt wurden. Die IRA hat sich sofort von diesem faschistischen Mord an Jugendlichen aus dem Volk distanziert. Wessen Interessen mit diesem Verbrechen wirklich verfolgt wurden, wurde sofort klar: die britische Regierung nutzte die berechtigte Empörung des Volkes über dieses Blutbad aus, um auch in England das Verbot der IRA durchzusetzen. Im von den britischen Imperialisten besetzten nördlichen Teil Irlands sind Sprengstoffverbrechen der britischen Besatzer gegen die irische Bevölkerung an der Tagesordnung, für die die Besatzungsbehörden dann die IRA verantwortlich zu machen suchen. Die britischen Besatzer wollen mit diesen faschistischen Terroraktionen den Eindruck erwecken, der Kampf der IRA richte sich gegen das Volk.

Und diese Methode der Konterrevolution ist auch in Deutschland wahrhaftig nicht unbekannt. Kurz nach der faschistischen Machtergreifung steckten die Hitlerfaschisten 1933 den Reichstag in Brand und machten die Kommunisten dafür verantwortlich. So sollte ein Vorwand für den faschistischen Terror gegen die Arbeiterklasse und vor allem gegen die KPD geschaffen werden. Aber wir brauchen nicht in

Fortsetzung auf Seite 10

### Salt-Abkommen

## Neue Runde im Wettrüsten eingeläutet

**Als in Wladiwostok US-Präsident Ford und Kremlchef Breschnew zusammentrafen, wurde in Grundzügen das SALT II-Abkommen, ein neues Abkommen für die „Begrenzung strategischer Offensivwaffen" festgelegt. Wieder in den USA angekommen, lobt Ford die Ergebnisse des Abkommens als „Riegel, der künftigen Rüstungswettkämpfen mit all ihrem Terror, ihrer Spannung und ihrer Wirtschaftsverschwendung Einhalt gebieten wird".**

**Doch das ist Wort für Wort erlogen. Die Wirklichkeit des neuen SALT-Abkommens sieht anders aus: In der Zeit von 1975 bis 1985 wollen laut Abkommen beide Supermächte ihre strategischen Waffenträger auf 2 400 steigern und die Zahl ihrer Raketen mit atomaren Mehrfachsprengköpfen auf 1 350 hochschrauben.**

Diese Zahlen allein besagen ganz klar, daß dem Rüsten kein „Riegel vorgeschoben" wird, sondern daß beide Supermächte, der US-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus, ihr Potential an strategischen Atomwaffen weiter ausbauen werden. Damit wird nicht etwa der „Frieden sicherer", wie beide Supermächte vorgeben, sondern wächst die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges. Denn für beide Supermächte sind ihre Atomwaffen stets das Hauptmittel zur Aufrechterhaltung ihrer „Position der Stärke" und der Erringung der Weltherrschaft gewesen. **Mit jeder Rakete, die sie mehr besitzen, werden sie ihre Erpressungsversuche gegen andere Länder und gegen die Völker der Welt verstärken, werden beide versuchen, sich gegenseitig zu übertreffen und sich gegenseitig niederzuringen.**

Fortsetzung auf Seite 8

AUS DEM INHALT

## Sartre fordert Solidarität

# RAF-Gefangene in Lebensgefahr

**„Ich bemerkte während des Gesprächs aber, daß er sehr schwach war. Er war sehr mager. Er hatte mindestens 15-20 kg verloren, hatte viele Falten im Gesicht. Jedesmal, wenn er gesprochen hatte, konnte man mehr Falten sehen. Sein Gesicht war zusammengedrückt. Er hat das Gesicht eines gefolterten Menschen gehabt, der ausgehungert war.“ So kennzeichnete Jean-Paul Sartre nach seinem Besuch im Gefängnis Stuttgart-Stammheim den Zustand Andreas Baaders nach 84 Tagen Hungerstreik gegen Isolationsfolter und Vernichtungshaft.**

Klipp und klar erklärte Sartre auf der anschließenden Pressekonferenz, daß die politischen Gefangenen in der Bundesrepublik durch Isolationshaft gefoltert werden. „*Es ist nicht eine Folter wie bei den Nazis*“, sagte Sartre, „*es ist eine andere Folter, eine Folter, die psychische Störungen herbeiführen soll.*“ Für diese Art der Folter, sagte Sartre weiter, könne es nur drei mögliche Begründungen geben: „*1. Damit er unfähig wird, sich im Gefängnis zu verteidigen. 2. Damit er verrückt wird. 3. Damit er stirbt, wie man es gesehen hat.*“

„Camera silens“ – Folterforschung in Hamburg

Jean-Paul Sartre hat sich mit seinem Besuch und in seinen Erklärungen auf die Seite der gefangenen Revolutionäre gestellt und die Bourgeoisie des faschistischen Terrors, des politischen Mordes an Revolutionären angeklagt. Sartre hat gleichzeitig auf der Pressekonferenz dazu aufgerufen, ein internationales Komitee zur Verteidigung der Gefangenen zu gründen, um ihr Leben zu retten, um als Beobachter an dem Prozeß gegen die politischen Gefangenen der RAF teilzunehmen. Sartre forderte vor allem auch bekannte Intellektuelle, Schriftsteller und Künstler auf, sich an einem solchen Komitee zu beteiligen.

Demonstration anläßlich der Beerdigung des Genossen Holger Meins

Die Tatsache, daß der Staatsapparat und die Klassenjustiz den Besuch Jean-Paul Sartres bei Andreas Baader verhindern wollte, obwohl sie die ganze Zeit beteuert haben, daß es in der Bundesrepublik weder politische Gefangene, noch Isolationsfolter und Vernichtungshaft gebe, die Tatsache, daß der Besuch, den sie schließlich erlauben mußten, unter Bedingungen stattgefunden hat – die Gesprächszeit war auf eine Stunde beschränkt, statt eines unabhängigen Dolmetschers mit internationaler Erfahrung wurde ein Gerichtsdolmetscher bestimmt, als Aufpasser nahm ein Spitzel der Polizei teil, um ein wirklich freies und ohne Druck geführtes Gespräch zu verhindern – dies zeigt, wie durchsichtig der Lügenschleier der Bourgeoisie schon geworden ist, wie hinter der „offensiven Verteidigung des Rechtsstaates“ die Faschisierung vorangetrieben wird.

Die bürgerliche Presse hat nach der Pressekonferenz gegen Sartre eine Hetzkampagne entfacht. Sie stellte ihn als einen alten Mann hin, der sich in der Vergangenheit internationales Ansehen erworben habe, sich nun aber, von den Verteidigern der RAF-Gefangenen verführt, lächerlich mache. Zur Zeit des Faschismus hetzte der „Stürmer“ gegen die „Krebsgeschwüre am Volkskörper“, heute schreibt die Bildzeitung über Sartre: „roter Krebs der Nation“, stellt ihn als unsauberen, unmoralischen alten Mann hin, der sich die Fingernägel nicht reinigt, in wilder Ehe lebt usw. usf.

Es ist der Gipfel des Zynismus, wenn der Baden-Württembergische Ministerpräsident den Besuch Sartres bei Andreas Baader eine „grobe Instinktlosigkeit“ nennt, während er ganz genau weiß, daß der Gesundheitszustand aller politischen Gefangenen äußerst kritisch ist. Täglich kann es bei ihnen zum völligen Zusammenbruch des ganzen Organismus kommen. Schon jetzt sind fünf Gefangene in akuter Lebensgefahr, sie befinden sich kurz vor dem Koma. Ihren Tod, ihre Ermordung hat die Bourgeoisie schon eingeplant: Die politischen Gefangenen sollen in den Intensivstationen der Gefängniskrankenhäuser, mit Medikamenten in Dämmerschlaf versetzt, auf ihren Liegen festgeschnallt, unter dem Vorwand der medizinischen Betreuung, in perfekter Isolationshaft zu Tode gequält werden. Die politischen Gefangenen haben erklärt, daß sie ihren Hungerstreik weiterführen werden, ihr Kampf gegen Isolationsfolter und Vernichtungshaft wird immer breitere Unterstützung finden.

## Korruption im Bundestag:

# Gewandt ist keine Ausnahme

**Nach dem Korruptionsskandal Steiner-Wienand und dem Fall Geldner ist ein weiterer Fall von Bestechung aus dem Bundestag bekannt geworden: Der CDU-Abgeordnete Gewandt wird beschuldigt, von einer französischen Rüstungsfirma Geld bekommen zu haben, mit dem er Beamte des Bundeswehrbeschaffungsamtes bestochen haben soll. Die Rüstungsfirma wollte ihre Triebwerke an den Mann bringen.**

Tatsächlich werden jetzt bei dem Bundeswehrflugzeug „Alpha Jet“ die Triebwerke der französischen Rüstungsfirma SECNA eingebaut. Gewandt hatte von dem Unternehmensberatungsbüro Marxen – ein Spitzenfachmann für die Vermittlung von Bestechungsaufträgen an Abgeordnete – 120 000 DM bekommen, die er an Beamte des Beschaffungsamtes der Bundeswehr gezahlt haben soll. Briefe vonGewandt an Marxen beweisen, daß Gewandt für diesen Einsatz 40 000 DM erhielt, für „persönliche Auslagen“ – wie das in Fachkreisen heißt. Jedoch sind das nur die ausgewiesenen Beträge.

Schieberei, Bestechung und Korruption spielen insbesondere im Rüstungsgeschäft eine große Rolle: Denn hier geht es bei den Aufträgen für die Konzerne meist um Milliardensummen, die hohe und sichere Profite garantieren. Wer erinnert sich nicht an die HS-30-Panzer-Affaire von Strauß, die Starfighter-Affaire, die viele Menschen das Leben gekostet hat, den Skandal um Barzel, der Ende der 50-ger Jahre als stellvertretendes Mitglied des Verteidigungsausschusses 60 000 DM von der Rüstungsfirma Henschel kassierte usw. Es sind keine Ausnahmen, sondern typische Beispiele. Wer aber, wie der ROTE MORGEN, aufgrund der Tatsachen feststellt, daß das Parlament durch und durch korrupt ist, daß man es auseinanderjagen muß, kommt vor die bürgerliche Klassenjustiz und wird zu Geld- bzw. Gefängnisstrafen verurteilt. – Getretene Hunde heulen auf!

„. . *die Geschichte der bürgerlichen Demokratie*“, sagt Lenin, „***hat die Parlamentstribüne, besonders in den fortgeschrittenen Ländern, zum hauptsächlichen oder zu einem hauptsächlichen Tummelplatz für unerhörte Gaunereien, finanzielle oder politische Betrügereien am Volk, für Karrierismus, Heuchelei und Unterdrückung der Werktätigen gemacht. Daher ist der glühende Haß der besten Vertreter des revolutionären Proletariats gegen die Parlamente völlig gerechtfertigt.***“

# Erklärung der KPF/ML zum Breschnew-Besuch in Frankreich

Am kommenden 5., 6. und 7. Dezember wird das Oberhaupt der Revisionisten in Moskau, Breschnew, einen offiziellen Besuch in Frankreich abstatten. Weit davon entfernt, einer angeblichen „Entspannung“ zu dienen, soll das Pariser Treffen zwischen Breschnew und Giscard d'Estaing vielmehr denjenigen, die das Erbe der alten Zaren übernommen haben, Gelegenheit bieten, erneuten Druck auszuüben, um politische, diplomatische und militärische Konzessionen von Frankreich zu erreichen. In Wirklichkeit ist es nämlich so, daß ungeachtet des großen Spektakels um das Treffen von Ford und Breschnew in Wladiwostok, die Grundlage der Beziehungen zwischen den beiden Supermächten die Rivalität ist. Die angeblichen Abkommen über die Begrenzung der Rüstung sind nur Schein, um die Völker der Welt einzuschläfern. In Wirklichkeit streiten sich die amerikanischen Imperialisten und die sowjetrevisionistischen Sozialimperialisten auf der ganzen Welt um die Erlangung der Vorherrschaft: der Oktoberkrieg im Nahen Osten im letzten Jahr, zeigt genauso wie erst kürzlich die Ereignisse auf Zypern, daß die beiden Supermächte niemals von ihren wahnsinnigen Plänen lassen werden. Obwohl die eine wie die andere Macht auf allen Gebieten vor dem Bankrott steht, verfolgen beide eine Politik der Aufrüstung, die auch kein angebliches Abkommen stoppen kann. Denn „Abkommen“ zwischen den imperialistischen Mächten sind nur ein Fetzen Papier, dazu bestimmt, einen größeren Konflikt vorzubereiten. Überall, wo eine der beiden Supermächte auf Grund des revolutionären Kampfes der Völker vertrieben wird, versucht die andere Fuß zu fassen. Überall gehen sie mit Druck, Infiltration, Subversion gegen die Länder vor, die sie beherrschen wollen.

Das Herz ihrer Rivalität ist Europa. Um in Westeuropa einzudringen, bedienen sich die revisionistischen Führer der „Entspannung“ als Waffe: sie haben die Wachsamkeit der europäischen Länder eingeschläfert und dabei ein auf allen Gebieten ungleiches militärisches Potential aufgebaut. Um Westeuropa noch weiter zu schwächen, haben die Sowjetrevisionisten eine Konferenz über die Sicherheit in Europa initiiert. Zum Unglück für sie ist diese Konferenz allerdings in einer Sackgasse gelandet. Um sie wieder in Gang zu bringen, bedienen sich die sowjetischen Führer des Drucks und des Kuhhandels gegenüber den europäischen Regierungen: bis jetzt sind sie damit gescheitert trotz der Inkonsequenz der Regierungen der Monopolkapitalisten. Heute scheint ihnen ein günstiger Moment gekommen: sie wollen die wirtschaftliche und soziale Krise ausnutzen und wirtschaftliche Zusammenarbeit gegen wichtige politische Konzessionen tauschen. Ein Erfolg dabei würde die große Gefahr für die nationale Unabhängigkeit der europäischen Völker noch vergrößern.

Aus diesem Grund und um die tiefe Verbundenheit der Arbeiter unseres Landes mit der UdSSR Lenins und Stalins zu manifestieren, ruft die KPF/ML alle Antiimperialisten unseres Landes, alle Revolutionäre und alle wirklichen Kommunisten auf, in verschiedenen Formen ihre Opposition auszudrücken gegen die Restauration des Kapitalismus und die faschistische Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Völker der UdSSR, der CSSR und der anderen Länder, die unter der Knute der neuen Zaren stehen, gegen die Politik der Aufrüstung, der Kriegsvorbereitung und militärischen Expansion, die die Verräter am Kommunismus, die russischen Revisionisten, betreiben.

**Breschnew raus!**
**Es lebe die nationale Unabhängigkeit und die proletarische Revolution!**
**Nieder mit Revisionismus und Sozialimperialismus!**
**Es lebe der Marxismus-Leninismus!**

25. 11. 1974 – Politbüro der KPF/ML

## Kurz berichtet

### BREMEN:

Am 29. November wollte der Faschist Löwenthal in der Stadthalle Bremen auf einer Veranstaltung sprechen. Die KPD/ML hatte in Bremen gemeinsam mit der Ortsgruppe der GRF aufgerufen, gegen den Auftritt Löwenthals zu kämpfen und die Veranstaltung zu sprengen.

Mit antifaschistischen Parolen unterbrachen die Bremer Genossen immer wieder die demagogische Hetzrede Löwenthals – und als das nicht zum Abbruch führte, schlugen sie rhythmisch mit ihren Fäusten auf die Tische, so daß Löwenthal vorerst abbrechen mußte. Sofort ließ er seine Schlägerbande antanzen und hetzte sie auf die Genossen. Es kam zur handfesten Auseinandersetzung. Die Opportunisten des „K“BW, die mit 50 bis 70 Leuten zu der Veranstaltung gekommen waren, dachten jedoch nicht im geringsten daran, mit anzupacken und die Angriffe dieser Schlägerhorde zurückzuschlagen. Schließlich mußten die Genossen den Saal räumen. Vor der Stadthalle kam es noch zu einer Rangelei mit der Bereitschaftspolizei, als die Genossen Ketten bildeten und antifaschistische Parolen riefen.

### RÜSSELSHEIM:

Am 7. 11. 74 wurde vom Magistrat eine Dienstvorschrift bekanntgegeben, in der es dem Sinn nach eindeutig heißt, daß organisierte politische Gruppen sich nicht mehr im Jugendzentrum treffen dürfen.

Nachdem sich die Herren Sozialarbeiter Eckelsberger und Hansen weigerten, die Dienstanweisung öffentlich zu zeigen, faßte die Vollversammlung den richtigen Beschluß, sich diese selbst zu holen. 20 Kollegen gingen daraufhin ins Büro, holten sich die Dienstanweisung und lasen sie laut vor. Auf diese Aktion hin suchten sich die Handlanger der Bourgeoisie zwei als „Rädelsführer“ heraus, die sofort mit Hausverbot belegt wurden

Die ROTE GARDE Rüsselsheim unterstützt die Forderung der Rüsselsheimer Jugendlichen. Gegen die abwiegelnden Revisionisten der „S“DAJ bestärkte sie die Jugendlichen, sich ihr Recht auf freie politische Betätigung im Jugendzentrum offensiv zurückzuerkämpfen. Zugleich aber wies sie darauf hin, daß man im Kapitalismus keine Freiräume schaffen kann, daß Unterdrückung und Ausbeutung der Jugend solange bestehen werden, wie der Kapitalismus in unserem Land existiert.

Die Jugendlichen aus Rüsselsheim bekamen diese Wahrheit nur allzu deutlich zu spüren. Als sie eine Demonstration durchführten und trotz Verbot vor das Rathaus zogen – weil dort am meisten Menschen auf der Straße erreicht werden können – brauste Polizei mit Streifenwagen mit Sirenengeheul und Polizeimotorrädern mitten durch den Demonstrationszug, ohne abzubremsen. Polizisten umzingelten den Zug, unter anderem mit Polizeihunden, schlugen auf die Jugendlichen ein und verhafteten vier.

Die Bevölkerung, die auf dem Rathausplatz diesen Polizeiterror miterlebt hatte, stellte sich spontan auf die Seite der Jugendlichen, viele riefen Parolen gegen den Polizeiterror mit. Sie haben den Jugendlichen nachdrücklich bestätigt, daß ihr Kampf für freie politische Betätigung im Jugendzentrum gerecht ist. Die Jugendlichen in Rüsselsheim werden den Kampf weiterführen.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06–466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Tel.: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 25 DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

# AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

## Jugendarbeitslosigkeit - Geissel des Kapitalismus

„Neuer Start in der Fabrik – Einrichtung soll Jugendarbeitslosigkeit dauerhaft entgegenwirken." – Solche Schlagzeilen wie im „Kölner Stadtanzeiger" vom 9. 11. 1974 liest man momentan häufiger in der Presse. „Unbürokratische Maßnahmen" sollen der Jugendarbeitslosigkeit angeblich entgegenwirken, sie dauerhaft verhindern. Aber es stimmt nicht, daß man mit der Schaffung von „Bildungsstätten" und „Förderlehrgängen" ein Grundübel des Kapitalismus wie die Arbeitslosigkeit beseitigen kann. Wie sieht es zum Beispiel bei uns in Wuppertal aus?

Kurzarbeit in 44 Betrieben, 36 Betriebe haben für diesen Monat „vorsorglich" Kurzarbeit angemeldet, so daß über 10 000 Kollegen von der Kurzarbeit betroffen werden. Die schärfste Geisel des Kapitalismus ist allerdings die Arbeitslosigkeit. Sie belief sich Ende September in Wuppertal auf 7 279 Kollegen und wird heute – legt man die Steigerungsrate des Vormonats zugrunde – sicher bei 10.000 liegen.

1970: Lehrlinge bei Krupp/Bochum streiken mit gegen drohende Entlassungen

Nicht mitgerechnet die versteckte Arbeitslosigkeit durch frühere Renten, Aufhören und Frauenarbeit und Abschiebung von ausländischen Kollegen.

Unter diesen Arbeitslosen sind mehr als 1 500 Jugendliche, davon 500 – 600 im Bereich der Stadt Wuppertal. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Jugendliche, die auf Grund des Klassencharakters des Bildungssystems den Abschluß der Hauptschule und der Sonderschule nicht geschafft haben. Dazu kommen ca. 200 Jugendliche mit Hauptschulabschluß, die wegen des „Rückgangs" von Lehrstellen um ca. 30% keine Stelle bekommen haben. Im Bereich der IHK Wuppertal sind außerdem 80 Jugendliche ohne Arbeit, die ihre Lehre abgebrochen haben (die entsprechende Zahl für die Handwerkskammer wissen wir leider nicht) und die Jugendlichen, die nach Abschluß ihrer Lehre keinen Arbeitsvertrag erhalten haben. Das ist zum Beispiel im KfZ-Handwerk fast jeder zweite Lehrling. Diese Jugendlichen haben es dann besonders schwer, eine Arbeitsstelle zu finden, da sie bald zur Bundeswehr müssen und kein Kapitalist bereit ist, sie einzustellen, da sich aus der Einstellung die Verpflichtung ergibt, die Kollegen nach der Bundeswehrzeit wieder einzustellen, d.h. seinen Arbeitsplatz freizuhalten.

Zynisch sind besonders die Begründungen, die man von offiziellen Stellen (Arbeitsamt, Berufsschulen) als Ursache für die Jugendarbeitslosigkeit hört. Da ist dann angeblich nicht die Krise des Kapitalismus schuld, sondern die Jugendlichen selber. *„Bei einem Großteil der Jugendlichen sei eine mangelnde Lern- und Leistungsfähigkeit festzustellen. Sie hätten keine ausreichende Berufsmotivation und ihnen würden die zur Berufsarbeit notwendigen Einstellungen fehlen."* Und in dieser Situation stellen einige Betriebe „gönnerhaft" Kapazitäten in ihren Ausbildungs- und Produktionsstätten zur Verfügung. Ohne Lohn und Entgelt sollen Jugendliche hier auf ihre „Lehr- und Berufseignung" getestet werden.

Und wenn sie sich nicht widerspruchslos ausbeuten lassen, nicht die gewünschten „kapitalistischen Arbeitstugenden" zeigen, dann gibt es eben keinen Lehrvertrag, dann liegt man im nächsten Jahr erneut wieder auf der Straße.

Einen ähnlichen Zweck – auch wenn sie sich hinter einem „sozialpädagogischen" Mäntelchen verstecken, haben auch solche Institutionen, wie die obengenannten Bildungsstätten,die in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt, Volkshochschule, Jugendsozialwerk, DGB u.ä. errichtet werden.

Die ROTE GARDE wird diesen „Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit", der in Wirklichkeit nicht nur die Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen nicht beseitigt, sondern ihre Ausbeutung noch verschärft, bekämpfen. Dazu gehört, daß auf den Arbeitsämtern und in den Bildungskursen der revolutionäre Klassenkampf gegen den Kapitalismus propagiert wird. Wir werden dabei zeigen, daß es für das Proletariat, auch für die proletarische Jugend, keinen „individuellen Aufstieg" gibt. Eine Änderung der Lebenssituation, eine Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit, kann sich die Arbeiterjugend nur erkämpfen, wenn sie gemeinsam mit der ROTEN GARDE und der Partei den revolutionären Kampf aufnimmt und in der bewaffneten Revolution den Sozialismus erkämpft.

## Arbeiterkorrespondenzen

## "Schwarze Listen" auf dem Arbeitsamt

Ich bin gelernter Elektriker und habe, nachdem ich in der Berufsaufbauschule die Fachhochschulreife nachgeholt habe, im Juli versucht, wieder eine Stelle als Elektriker zu bekommen.

Nachdem ich jedoch bei verschiedenen Firmen vergeblich nachgefragt hatte, ging ich aufs Arbeitsamt. Schon um 8 Uhr morgens standen lange Schlangen von Arbeitssuchenden vor den verschiedenen Türen. Beim Warten fiel mir auf, daß ausländische Kollegen bereits nach fünf Minuten wieder herauskamen. Bei deutschen Kollegen dauerte es dagegen 20 – 30 Minuten. Als ich dann endlich um 9.40 Uhr drankam, sprach ich den „Arbeitsvermittler" darauf an. Der wußte mir jedoch nichts anderes zu sagen, als „das kommt auf den Fall an." (Komisch, daß das bei allen ausländischen Kollegen „der Fall" war.)

Da ich am 2.1.75 zur Bundeswehr muß, stellte es sich im weiteren Verlauf als „schwierig" heraus, eine Stelle zu finden. **Plötzlich fragte mich der „Arbeitsvermittler", ob ich denn nicht Wehrdienstverweigerer sei.** (Das ist so, aber ich habe meine Verweigerung zurückgezogen). **Auf die Frage, woher er denn sein Wissen habe, sagte er nur kurz, ein Kollege hätte mich in der Innenstadt Flugblätter verteilen sehen. Dann hat mich wohl der andere Kollege so genau beschrieben, daß er sofort wußte, wer ich bin, obwohl er mich noch nie gesehen hat? Nein, dies zeigt klar, daß auch das Arbeitsamt „schwarze Listen" angelegt hat.** Im weiteren Verlauf meines Besuchs auf dem Arbeitsamt wurde das noch deutlicher. Denn nachdem ich eine miserable Stelle als Elektromechaniker gefunden hatte, flog ich dort nach eineinhalb Wochen wieder raus „im gegenseitigen Einverständnis". Daraufhin wurde mir vom Arbeitsamt die Arbeitslosenunterstützung gesperrt.

Nach weiteren drei Wochen vergeblicher Arbeitssuche war ich gezwungen, eine auf drei Wochen befristete Stelle als „Fassadenverkleider" bei einem Bautrupp anzunehmen, für 7 DM die Stunde, 12 Stunden am Tag, auf Montagereise ohne Bezahlung der Überstunden. Wenn ich die Stelle nicht genommen hätte, wäre ich für weitere 4 Wochen gesperrt worden. Jetzt kann ich mir wieder eine Stelle als Hilfsarbeiter suchen. Diese beiden Beispiele zeigen, daß das Arbeitsamt nicht im Interesse des Proletariats arbeitet, sondern Handlanger des Kapitals ist.

Ein Rotgardist
aus Reutlingen

## Faschistischer Anschlag auf Verteiler der "Zündkerze" von Kollegen verhindert

**Als ein Genosse vor dem Opel-Hauptportal die „Zündkerze", die Betriebszeitung der KPD/ML, verteilen wollte, fuhr ihn plötzlich ein Opel-Werkschützer an, er solle verschwinden, das sei Betriebsgelände, was nebenbei gesagt eine Lüge ist. Weil der Genosse glaubte, er würde den Werkschützer schnell wieder loswerden, wehrte er sich nicht sofort. Er wurde dabei ein Stück abgedrängt. Da sah er sich plötzlich von 5-6 Männern umringt, die ihn zusammen mit dem Werkschützer umringten und versuchten, ihm die Zeitungen abzunehmen. Plötzlich hörte der Genosse, wie ein vorbeigehender Kollege einem von ihnen zurief: „Mensch, tu' das Messer weg!" Da sah auch der Genosse, daß einer dieser Männer ihn mit einem mindestens 30 cm langen Messer bedrohte.**

Der Werkschützer, der ja zusammen mit diesen Männern den Genossen bedrängt hatte, unternahm nichts. Im Gegenteil, nachdem der offenkundige Faschist, eingeschüchtert durch die vielen Kollegen, die aus dem Tor strömten, nicht mehr wagte, mit dem Messer zuzustoßen, versuchte der Werkschützer gemeinsam mit dieser Faschistenhorde dem Genossen die Zeitungen wegzunehmen und versetzte ihm dabei noch einen Schlag. Dafür allerdings erhielt er einen Tritt zurück, an den er sich noch eine Weile erinnern wird.

**Unter den Kollegen, die diese faschistische Provokation mitbekommen hatten, bildeten sich erregte Diskussionsgruppen. Ein Kollege, der vorher noch mit den Worten „Geh doch lieber arbeiten", die Betriebszeitung abgelehnt hatte, kam jetzt extra noch einmal zurück und entschuldigte sich. Andere Kollegen waren jetzt so an der „Zündkerze" interessiert, daß sie sogar die Zeitungen, die bei dem Gerangel hingefallen waren, noch vom Boden aufhoben.**

Diese faschistische Provokation gegen einen Verteiler der „Zündkerze" muß man in Zusammenhang mit der Situation bei Opel sehen. Seit Monaten bereits sind die Kollegen von Kurzarbeit und Massenentlassungen bedroht. Die Partei, unter anderem mit ihrer Betriebszeitung, hat den Kollegen den Weg des revolutionären Klassenkampfes gegen die Massenentlassungen gewiesen und auch die Betrugsmanöver mit den „Abfindungen" entlarvt. Sie hat sich konsequent auf die Seite eines fortschrittlichen Kollegen gestellt, der, offensichtlich nur ein Exempel, entlassen worden war, weil er zu Recht einen Meister angegriffen hatte.

Wie sehr die Opel-Kapitalisten aus diesen Gründen die „Zündkerze" fürchten, zeigte sich auf der letzten Betriebsversammlung, wo sich der Betriebsrat genötigt sah, eine Viertelstunde über den Kommunismus herzuziehen. Sogar die bürgerliche Lokalpresse wurde eingeschaltet im Kampf gegen die KPD/ML.

In einem Artikel der „Zündkerze" zu diesem faschistischen Anschlag heißt es unter anderem: *„Viele von uns Kollegen erinnern sich wahrscheinlich noch daran, daß bei Opel-Bochum vor etwa zwei Jahren ein spanischer Kollege von einem ebensolchen Faschisten niedergestochen wurde, weil er sich als Streikposten aktiv am Streik beteiligte. ..Diese neue Provokation soll offensichtlich den ,neuen Wind' beweisen, den Polizeioberkommissar Staud, seit kurzem Chef des Opel-Werkschutzes, wehen lassen will. Aber wenn die Opel-Bosse meinen, wir würden uns durch solche Morddrohungen einschüchtern lassen, dann haben sie sich geirrt."*

## Entlassen, weil sie immer ihre Meinung sagt

Liebe Genossen,

Ich möchte Euch hier über eine ungeheure Sauerei berichten, die meiner Verlobten passiert ist. Es fing damit an, daß meine Verlobte krank wurde und für mehrere Wochen arbeitsunfähig geschrieben wurde. Eines Tages kam dann ein Schreiben ins Haus geflattert, in dem ihr fristlos gekündigt wurde, weil sie angeblich für eine Woche keinen Krankenschein vorgelegt habe. Und das, obwohl sie die Bescheinigung des Arztes jedesmal dem Werk sofort zugeschickt hatte. Das war offensichtlich nur ein Vorwand, um meiner Verlobten zu kündigen. Denn in dem Schreiben geht es weiter: „Für den Fall, daß Ihre Tochter nachträglich noch eine gültige Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung beibringt, halten wir unsere Kündigung aufrecht, mit der Änderung, daß wir sie wegen Nichteinhaltung der Arbeitsordnung zum...aussprechen."

Der eigentliche Grund ist nämlich, daß meine Verlobte sich ungerechte Behandlung nicht gefallen ließ, sondern immer ihre Meinung sagte. Aus diesem Grund versuchte ihr Boß, sie fertigzumachen. Als sie aus Versehen einen Brief einen Tag zu spät abschickte, wurde sie von ihm zusammengeschissen, während er bei anderen die Augen zudrückte.

Ich habe ihr von den Schweinereien auf meiner Arbeit erzählt und ihr auch den ROTEN MORGEN gegeben. Sie hat ihn auch mit auf die Arbeit genommen und in der Berufsschule, als der Lehrer die CDU und D„K"P in den Himmel lobte, hat sie gesagt: *„Die KPD/ML ist die einzige Partei, die sich für die Arbeiter einsetzt."*

Wir sind dann zusammen zum Arbeitsgericht gegangen. Wir wußten, daß wir dort kein Recht bekommen, genau wie es beim Prozeß in Duisburg war, wo Genosse Günter Routhier erschlagen wurde. Wir wollten aber mal wissen,wie die reagieren. Da wurde uns dann gesagt, daß wir nichts unternehmen können. Als ich diese Schweinerei angriff, wurde mir gesagt: „Halten Sie sich da raus!"

Da haben sich diese Drecksäcke ganz schön verrechnet! Ich lasse mir das nicht bieten, daß meine Verlobte auf die Straße geworfen wird. Und der Kampf ist bestimmt nicht beendet, wenn sie wieder Arbeit hat!

Rot Front!
Ein Kollege von TNO in Oberhausen.

## Revisionistisches

### MATERIELLER ANREIZ BEIM SKAT?

Warum spielt man Skat? Aus Spaß an einem interessanten Spiel natürlich, wird jeder sagen. Skatspieler, die gewohnt sind, dabei einen halben oder viertel Pfennig einzusetzen, werden sich allerdings wundern, welche Erklärung ihnen die D„K"P-Zeitung „UZ" dafür unterjubeln will. In der Sparte „Leserfrage" heißt es dort unter der Überschrift „Skat mit Geld spielen?": *„Es ist durchaus sinnvoll, unser Spiel mit einem gewissen materiellen Anreiz zu verbinden. Warum? Weil es die Aufmerksamkeit, die Konzentrierfähigkeit und damit letztlich das gesamte Spielniveau erhöht."*

Auf die Idee, zu behaupten, es seien die paar Mark, die man im Höchstfall beim Skatspiel gewinnen oder verlieren kann, die die nötige Konzentration und Aufmerksamkeit schaffen, kann allerdings nur jemand kommen, der nicht aus Freude am Wettkampf spielt, sondern für den Skat nur ein Mittel zum Zweck ist. Das allerdings ist bei der Beantwortung dieser „Leseranfrage' auch der Fall. Die Tatsache, daß man beim Skat ein paar Groschen einsetzt, um die Spannung zu erhöhen, wird hier ausgenutzt, um den von den Arbeitern in den revisionistischen Ländern verhaßten „materiellen Anreiz", der nur eine andere Form des Prämien- und Akkordsystems in den westlichen kapitalistischen ist, als etwas hinzustellen, das im Grunde den Arbeitern beim Spiel abgeguckt ist. Den materiellen Anreiz als Mittel des sozialistischen (oder auch des sozialistischen) Wettbewerbs hinzustellen und nicht als das, was er ist, eine Antreibermethode der neuen Bourgeoisie, das ist der einzige Zweck dieses Artikels.

### DIKTATUR DES PROLETARIATS GESTRICHEN!

Vor einiger Zeit gab Cunhal, der Führer der revisionistischen Partei Portugals, bekannt, daß aus dem Programm seiner Partei alle Hinweise auf die Diktatur des Proletariats gestrichen werden sollen. Begründung: Der Begriff „Diktatur" wecke zu viele schlimme Erinnerungen an das im April gestürzte faschistische Regime. Besser als dieser angebliche Kommunist kann allerdings auch „Bild" nicht gegen die Diktatur des Proletariats, die Herrschaft der Arbeiterklasse hetzen.

### SOWJETUNION: SPITZELSYSTEM AUSGEBAUT

Anfang November gab der Innenminister der sowjetischen Sozialimperialisten am „Tag der Miliz" bekannt, daß das Bespitzelungssystem über die Arbeiterklasse und das werktätige Volk ausgebaut werden soll. Den Milizen, die sowieso schon dafür sorgen, daß in den Siedlungen der Werktätigen die Wände Ohren haben, sollen jetzt noch sogenannte „Unterstützungsgruppen" zugestellt werden. Unter dem Vorwand der Bekämpfung der Jugendkriminalität, die ihre Ursache in den „zerrütteten Familienleben' habe, hat das faschistische Regime der SU für diese „Unterstützungsgruppen" die Aufgabe vorgesehen, „Familienstreitigkeiten" zu schlichten und „den Leuten zu helfen, ihre Freizeit richtig zu verbringen". Das ist nichts anderes als das Blockwartsystem des Hitlerfaschismus auf sozialimperialistische Art.

# Ausgewählte Reden und Aufsätze von Enver Hoxha im Verlag Roter Morgen erschienen

**Zum 30. Jahrestag der Befreiung Albaniens und des Triumphs der Volksrevolution ist im Verlag ROTER MORGEN ein Band mit ausgewählten Reden und Aufsätzen des Genossen Enver Hoxha, 1. Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, erschienen. Die Ausgabe erscheint auf Beschluß des Zentralkomitees der KPD/ML und wird von einem Vorwort des ZK der KPD/ML eingeleitet.**

Im Mittelpunkt der Reden dieses Bandes steht die Verteidigung des Marxismus-Leninismus im Kampf gegen den modernen Revisionismus. Im Vorwort des ZK der KPD/ML heißt es: „Genosse Enver Hoxha verteidigt die absolute Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats gegen die ‚Theorie' der modernen Revisionisten vom ‚Staat des ganzen Volkes'. Er zeigt, daß Freiheit und Demokratie für das werktätige Volk nur durch die Diktatur des Proletariats möglich sind, daß für die werktätigen Massen nicht eine Schwächung, sondern eine Stärkung der Diktatur des Proletariats mehr Demokratie bedeutet und daß der sogenannte ‚Staat des ganzen Volkes' in Wirklichkeit nur die tatsächliche Herrschaft der neuen Bourgeoisie vertuschen soll.

Genauso entschieden wendet sich Genosse Enver Hoxha gegen die von den modernen Revisionisten propagierte Umwandlung der Partei der Arbeiterklasse in die ‚Partei des ganzen Volkes'. Er weist nach, daß jedes Abweichen von dem Prinzip der führenden Rolle der Arbeiterklasse in allen Bereichen ein Schritt zur Restauration des Kapitalismus ist, daß die Arbeiterklasse, um ihre führende Rolle zu behaupten, eine auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus geeinte Partei braucht, die der Weltanschauung und den Klasseninteressen des Proletariats in der ganzen Gesellschaft Geltung verschafft.

Die Partei der Arbeit hat – an der Seite der chinesischen Genossen – sofort den Kampf gegen die von der Chruschtschow-Clique verbreiteten revisionistischen Auffassungen geführt. Unnachgiebig in der Verteidigung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus kämpften die Partei der Arbeit und Genosse Enver Hoxha für die Einheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Einige Reden dieses Bandes stammen aus dieser Zeit, in der Genosse Enver Hoxha die revisionistischen Auffassungen zwar entschieden zurückweist, die aufgetretenen Widersprüche aber noch als Meinungsverschiedenheiten innerhalb der kommunistischen Weltbewegung behandelt. Aber als klar wurde, daß Chruschtschow und Konsorten den Weg des Verrats unwiderruflich beschritten hatten und zu keiner Rückkehr auf die Grundlage des Marxismus-Leninismus mehr zu bewegen waren, traten die Partei der Arbeit und Genosse Enver Hoxha dafür ein, die Verräter als Feinde zu behandeln und einen klaren Trennungsstrich zu ihnen zu ziehen:

*„Im Kampf gegen den modernen Revisionismus kann es keine Mittellinie geben. Die Linie der ‚goldenen Mitte' ist die Linie der Versöhnung der Gegensätze, die niemals versöhnt werden können. (...) Wer sich in seiner Haltung gegenüber den Renegaten des Marxismus-Leninismus an diese Linie hält, steht in Gefahr, früher oder später selbst zu den Stellungen dieser Renegaten hinabzugleiten.*

*Nach Meinung unserer Partei steht heute auf der Tagesordnung als großes aktuelles Problem nicht die Versöhnung und die Einheit mit den Revisionisten, sondern die Loslösung, die endgültige Trennung von ihnen."*

Die ausgewählten Reden und Aufsätze spiegeln nicht nur den Kampf der Partei der Arbeit Albaniens und des Genossen Enver Hoxhas gegen den modernen Revisionismus im Weltmaßstab wider, sondern zeigen auch anschaulich, wie alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ununterbrochen revolutioniert werden, wie das albanische Volk unter der Führung seiner Partei der Arbeit zur Festigung und Weiterentwicklung der Volksmacht den Klassenkampf gegen alle inneren und äußeren Feinde auch unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats weiterführt: *„Aber die Partei trägt uns auf, uns immer der großen Lehre des Marxismus-Leninismus bewußt zu sein und sie niemals zu vergessen, nach der der Klassenkampf als Motor der Geschichte, eine große bewegende Kraft ist, die das Werk des Aufbaus des Sozialismus voranschreiten läßt, die die Freiheit und die Unabhängigkeit des Vaterlandes sichert und das Wohlergehen des Volkes verteidigt. Das ist eine mächtige Waffe, die uns von Übeln befreit, die uns stählt und revolutioniert, die die Partei, den Staat und das ganze Volk gegen Degeneration und gegen die Restauration des Kapitalismus verteidigt. Unter den gegenwärtigen Bedingungen kommt der Entwicklung des Klassenkampfes eine besondere Bedeutung zu, weil er das stärkste Bollwerk darstellt, um die ideologischen Angriffe des Feindes zu zerschlagen, um die Versuche zu ersticken, die überlebten, fremden Ideologien in unseren Hirnen wiederzubeleben und um die schädlichen bürgerlichen und revisionistischen Einflüsse zu neutralisieren."* (Enver Hoxha).

Die Auswahl der Reden und Aufsätze dieses Bandes entspricht der von Gilbert Mury besorgten französischen Ausgabe. Zusätzlich wurde die Rede des Genossen Enver Hoxha vor seinen Wählern im Wahlkreis 209 in den Band aufgenommen. Einige der Reden und Aufsätze erscheinen erstmals in deutscher Sprache.

**„Das Zentralkomitee der KPD/ML verbindet die Herausgabe dieses Bandes mit dem Aufruf, die Werke des Genossen Enver Hoxha sorgfältig zu studieren; denn Genosse Enver Hoxha ist ein großer Marxist-Leninist, ein bedeutender Lehrer der Arbeiterklasse. Seine Werke sind eine scharfe Waffe in den Händen der Marxisten-Leninisten, des internationalen Proletariats und der um ihre Befreiung kämpfenden Völker im Kampf gegen Imperialismus und Revisionismus. Sie lehren uns, den Marxismus-Leninismus schöpferisch auf die Bedingungen unseres Landes anzuwenden in unserem Kampf für ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland."** (Aus dem Vorwort des ZK der KPD/ML).

**BESTELLUNGEN AN:**

**Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus**
**2 Hamburg 11**
**Postfach 11 16 49**
**PSchKto Hmb 1935 72 – 207**
**Tel.: 040 / 4 10 17 36**

**ENVER HOXHA**

**Ausgewählte Reden und Aufsätze**

VERLAG ROTER MORGEN
NOVEMBER 1974

## Vom Aufbau des Sozialismus

### CHEMISCHE INDUSTRIE – EIN SICH ENTWICKELNDER WIRTSCHAFTSZWEIG IM SOZIALISTISCHEN ALBANIEN

Die Politik der sozialistischen Industrialisierung, die der albanische Staat in jeder Etappe entfaltete, ist die vorrangige Entwicklung der fördernden und verarbeitenden Schwerindustrie. Das Ziel dabei war und ist, die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes zu festigen und eine solide Basis für die weitere selbständige Entwicklung der Industrie und der Wirtschaft des Landes, gestützt auf die vorhandenen Bedingungen und Naturschätze, zu schaffen. Im Einklang mit dieser grundlegenden Richtlinie werden in Albanien jene Zweige der Schwerindustrie entwickelt, die sich auf die einheimischen Rohstoffe und Naturschätze stützen.

Ein aussichtsvoller Zweig, der sich schnell entwickeln wird, ist die chemische Schwer- und Leichtindustrie. Hierbei ist die chemische Leichtindustrie am wichtigsten. Mit der Herstellung von Schwefelsäure aus Kupferpyrit und auf dieser Basis der Herstellung von Phosphatdünger, Ammoniumnitrat, kalzinierter und kaustischer Soda, Ölfarben – die entsprechenden Fabriken wurden in den vergangenen Fünfjahresplänen bereits errichtet – sowie mit der Errichtung neuer Fabriken, in denen PVC erzeugt wird, ferner von Crackanlagen für die Erdölverarbeitung, einem Pestizidekombinat usw. kann man zurecht von einer starken Schwerindustrie der organischen und anorganischen Chemie reden. Dies ist ein sehr wichtiger Zweig der albanischen Wirtschaft. Die kontinuierliche Verarbeitung des Erdöls in der großen Industrieanlage, die sich gegenwärtig noch im Bau befindet, wird gleichzeitig der Weg zur Entwicklung von wichtigen Zweigen der synthetischen chemischen Industrie bahnen, so für die Entwicklung der Petrochemie, mit der eine ganze Skala von Produkten und Nebenprodukten möglich wird.

Gleichzeitig werden wichtige Werke der chemischen Leichtindustrie errichtet, wie der Industrie für Plaststoffe.

Im 3. Fünfjahresplan (1961 – 1965) stieg die Produktion der chemischen Industrie mit einer jährlichen Zuwachsrate von 19,3%, im 4. Fünfjahresplan (1966 – 1970) betrug diese jährliche Zuwachsrate 47,6% und im 5. Fünfjahresplan werden es planmäßig etwa 18% sein. Im Jahre 1973 war die Produktion der chemischen Industrie gegenüber 1946 (1946 gilt als Vergleichsjahr, da es vor der Befreiung diese Industrie in Albanien überhaupt nicht gab) auf das 32,7 fache gestiegen und gegenüber 1960 auf das 22,6 fache. Ebenso betrug der Anteil der chemischen Industrie am industriellen Gesamtprodukt etwa 3,5%.

Die rasche Entwicklung der chemischen Industrie, besonders der Produktion von Kunstdüngemittel für die Landwirtschaft, stützt sich auf die Verarbeitung der chemischen Rohstoffe, der einheimischen Erze im Land. Sie leistet zugleich einen großen Beitrag zur Steigerung des Exports und zum raschen Anstieg der Erträge der landwirtschaftlichen Kulturen Albaniens.

### AUSBAU DES TRAKTORENERSATZTEILWERKES

Nach zielstrebiger Arbeit, im Vertrauen auf die eigene Kraft und mit der internationalistischen und brüderlichen Hilfe der Volksrepublik China hat das Arbeitskollektiv der Traktorenfabrik eine Reihe neuer Abteilungen geschaffen und so die Produktionskapazität von Traktorenersatzteilen erhöht. Damit ist die Produktionskapazität der Fabrik verdoppelt worden.

# D'K'P-Parolen sollen Arbeiter vom Kampf abhalten!

Fortsetzung von Seite 1

Auf die Frage, warum nicht alle produzierten Waren verkauft werden können, geben die modernen Revisionisten die Antwort, weil sie nicht alle gekauft werden können.

Die auf Halde stehenden Autos und alle anderen Waren, die keine zahlungsfähige Nachfrage mehr finden, sind Ausdruck einer kapitalistischen Überproduktionskrise. Die Ursache der Überproduktionskrisen liegen im Grundwiderspruch des kapitalistischen Systems begründet, in der Tatsache, daß die Arbeiterklasse zwar alles **gesellschaftlich** produziert, daß die Kapitalisten sich die Produktionsergebnisse aber **privat** aneignen. In den großen Werken schuften zigtausend Arbeiter gemeinsam, aber die Gesetze des Kapitalismus lassen für ihre gesellschaftliche Arbeit nur ein Ziel gelten: den möglichst hohen Profit der Kapitalisten.

Wie kommt nun dieser Profit der Kapitalisten zustande? **Grundlage ihres Profits ist die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten.** Wie der Preis jeder Ware hängt auch der Preis der Ware Arbeitskraft, der Arbeitslohn, von der Arbeitsmenge ab, die aufgewandt werden muß, um diese Ware zu produzieren. Um arbeitsfähig zu werden und zu bleiben, muß der Mensch essen und trinken, wohnen und schlafen, sich kleiden und erholen, muß er in gewissem Umfang ausgebildet und medizinisch betreut werden. Zur Erlangung und Erhaltung seiner Arbeitskraft braucht und verbraucht der Mensch also Produkte menschlicher Arbeit. Von dem Preis all dieser zur Erlangung und Erhaltung der Ware Arbeitskraft notwendigen Produkte hängt der Arbeitslohn ab. Von dem Lohn, den der Kapitalist dem Arbeiter zahlt, kann dieser sich im Schnitt gerade das kaufen, was er zum Leben braucht. Je nach dem Verhältnis von Nachfrage und Angebot der Ware Arbeitskraft, also ob Vollbeschäftigung oder Arbeitslosigkeit herrscht, kann der Arbeitslohn diese durchschnittliche Höhe einmal übersteigen oder darunter absinken.

Der Kapitalist kauft die Ware Arbeitskraft für einen Preis, der ungefähr den Lebenshaltungskosten der Arbeiter entspricht. Dafür muß der Arbeiter mindestens 8 Stunden für den Kapitalisten arbeiten. Je nach Produktivität der Arbeit produziert der Arbeiter aber bereits in 2, 3 oder 4 Stunden die Warenmenge, deren Wert dem Arbeitslohn entspricht. Den Rest des Arbeitstages produziert der Arbeiter ausschließlich für den Profit des Kapitalisten. Die Wertmenge, die der Arbeiter in diesem Teil des Arbeitstages produziert, ist der Mehrwert. Der Arbeitstag des Lohnarbeiters läßt sich also in zwei Teile unterteilen: in den kleineren Teil des Arbeitstages, in dem er die seinem Lohn entsprechende Wertmenge produziert und in den größeren Teil, in dem er den Mehrwert produziert.

Der Mehrwert, den der Kapitalist sich privat aneignet, wird zum Profit, indem der Kapitalist die von den Arbeitern produzierten Waren verkauft. Profit ist also nichts anderes als der in bare Münze umgesetzte Mehrwert. **Der Mehrwert, die Ausbeutung der Arbeiter, ist also für die Kapitalisten die einzige Quelle des Profits.** Beim Verkauf der Waren macht der Kapitalist in der Regel keinen zusätzlichen Gewinn mehr, sondern der Preis, den er für die Waren erzielt, entspricht im Schnitt dem von den Arbeitern geschaffenen Wert der Waren.

**Die modernen Revisionisten versuchen, dieses Ausbeutungsverhältnis zwischen Kapitalisten und Arbeitern zu verschleiern.** In der D„K"P-Broschüre „Fragen und Antworten zur Aktion Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung" heißt es auf S. 15: „*Jeder Unternehmer hat hier zwei Seelen in seiner Brust: Als Käufer der Arbeitskraft ist er für niedrigere Löhne, als Verkäufer von Waren ist er an einer hoben Kaufkraft interessiert.*" Mit anderen Worten: die Kapitalisten wissen nie so recht, ob sie höhere oder möglichst niedrige Löhne zahlen sollen. Da kann von „unversöhnlichem Klassenwiderspruch" zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse allerdings keine Rede mehr sein; denn das „Verkäuferherz" der Kapitalisten schlägt ja für die Arbeiterklasse, zumindest für ihre wirtschaftlichen Interessen.

Kehren wir auf den Boden der Tatsachen zurück. Weder beim Kauf der Ware Arbeitskraft noch beim Verkauf der produzierten Waren entsteht dem Kapitalisten irgendein Wertzuwachs. Erst recht ergibt sich der Gewinn der Kapitalisten nicht aus irgendeiner Differenz zwischen dem Preis, den der Kapitalist beim Verkauf der produzierten Waren erzielt und dem Preis, den er für die Ware Arbeitskraft bezahlen muß. Der den Arbeitern abgepreßte Mehrwert ist die einzige Quelle seines Profits.

Ziel des Kapitalisten ist es darum, die Zeit, in der der Arbeiter Mehrwert produziert, möglichst zu vergrößern. Einmal verlängert er deshalb den Arbeitstag, heute hauptsächlich durch Überstunden und Sonderschichten. Hauptsächlich aber versucht er das zu erreichen, indem er die Kollegen durch verschärfte Antreiberei, durch die Einführung neuer Produktionstechniken und Maschinen zwingt, schneller zu produzieren. Er zwingt die Arbeiter also, in einer noch kürzeren Zeit als zuvor die ihrem Lohn entsprechende Warenmenge zu produzieren, um in dem nun größeren zweiten Teil des Arbeitstages einen entsprechend größeren Mehrwert zu schaffen.

Durch die Einführung neuer Maschinen und Produktionstechniken, durch die Errichtung neuer Produktionsanlagen usw. verschärfen die Kapitalisten einerseits die Ausbeutung der Arbeiter und erweitern andererseits die Produktion, um noch mehr Arbeitern einen noch größeren Mehrwert abzupressen. Es werden ständig mehr Waren produziert. Das verschärft die Konkurrenz zwischen den Kapitalisten, die, aus dem gleichen Antrieb heraus und um gegenüber dem Konkurrenten nicht ins Hintertreffen zu geraten, ebenfalls die Produktion erweitern. Sie kämpfen um den Absatzmarkt, weil sie ihre Waren verkaufen müssen, damit aus dem Mehrwert, der das Ergebnis der Ausbeutung der Arbeiterklasse ist, Profit wird. Jeder Kapitalist verschärft die Ausbeutung und erweitert die Produktion in der Hoffnung, einen möglichst großen Marktanteil zu erobern. Es gibt keinen gesamtwirtschaftlichen Plan, nach dem die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft vor sich geht. Alles wird durch die Jagd der Kapitalisten nach einem größtmöglichen Profit bestimmt. **Das ist die Anarchie der kapitalistischen Produktion.**

Der Kapitalist erweitert die Produktion, um mehr Arbeiter noch stärker ausbeuten zu können. Gleichzeitig ist er immer darauf bedacht, den Lohn der Arbeiter so niedrig wie möglich zu halten, nach Möglichkeit sogar zu drücken. Die Verschärfung der Ausbeutung führt also einerseits zu einer Ausweitung der Produktion, andererseits zu einer Verschlechterung der Lebenslage der werktätigen Massen und damit zu einem Absinken der Massenkaufkraft. Es tritt eine Überproduktion ein, nicht alle produzierten Waren können abgesetzt werden, weil die Massen sie nicht bezahlen können.

Die Kapitalisten denken aber gar nicht daran, jetzt etwa die Löhne zu erhöhen, damit die Leute mehr Waren kaufen können. Ihr Interesse gilt ja nicht in erster Linie dem Verkauf der Waren, sondern sie wollen vor allem eine möglichst hochprozentige Vermehrung ihres Kapitals erreichen. Sie sind auch nicht so sehr an der absoluten Höhe des Profits interessiert, sondern an der Profitrate, also an dem prozentualen Verhältnis zwischen dem Profit und dem in die Produktion gesteckten Kapital. **Die Höhe dieser Profitrate ist für sie das entscheidende Kriterium für die Rentabilität eines Betriebes.**

Die Profitrate aber zeigt mit der Erweiterung der Produktion ohnehin die Tendenz zu fallen, weil der Teil des Kapitals, den der Kapitalist für Maschinen, Gebäude, Rohstoffe usw. aufwendet, im Verhältnis zu dem für die Arbeitslöhne aufgewendeten Kapitalanteil immer mehr wächst. Aber dieser Teil des Kapitals bleibt im Laufe des Produktionsprozesses ja konstant, erfährt keinen Wertzuwachs. Weil einzig und allein die menschliche Arbeit Wert schafft, gewinnt nur das für die Arbeitslöhne aufgewendete Kapital durch den Produktionsprozeß an Wert. In dem Maße, in dem dieser an Wert gewinnende Anteil des vom Kapitalisten investierten Kapitals im Verhältnis zu dem für Maschinen, Gebäude, Rohstoffe usw. aufgewendeten Kapitalanteil sinkt, droht die Profitrate insgesamt zu sinken.

In der sogenannten „Hochkonjunktur" sehen die Kapitalisten neben der Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter auch noch die Möglichkeit, dem tendenziellen Fall der Profitrate durch die Ausweitung der Produktion, also durch die Steigerung der Produktionsmasse, entgegenzuwirken. In der Überproduktionskrise ist das sinnlos. Die Kapitalisten versuchen darum verstärkt, die Profitrate so hoch wie möglich zu halten, indem sie durch Lohnraub, Rationalisierung, Kurzarbeit und Massenentlassungen den für die Löhne aufgewendeten Teil des Kapitals so weit wie möglich drükken. In der Überproduktionskrise taucht also keineswegs plötzlich eine dem Arbeiter besser gesonnene „Seele" in der Brust des Kapitalisten auf, die für höhere Löhne plädiert, um die „Massenkaufkraft zu erhöhen" und die „Arbeitsplätze zu sichern".

**Gerade in der Krise tritt vielmehr die Unversöhnlichkeit des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital besonders scharf zutage.** Die Kapitalisten denken also gar nicht daran, Lohnforderungen der Arbeiter nun bereitwilliger nachzugeben, weil sie damit dem Fall der Profitrate ja Vorschub leisten würden. Im Gegenteil, sie setzen sogar ihren Staatsapparat in Bewegung, um weiteren Lohnabbau über Lohnleitlinien, Orientierungsdaten bis hin zum gesetzlichen Lohnstop und der gewaltsamen Niederschlagung von Streiks durchzusetzen. Nicht die Massenkaufkraft wird erhöht, sondern der Staat schanzt den Monopolen Milliardenaufträge und Subventionen zu, die durch die Steuergelder der Werktätigen finanziert werden und zum größten Teil – vor allem die riesigen Rüstungsaufträge – die inflatiomäre Entwicklung verschärfen und so ebenfalls durch die Ausplünderung der Werktätigen finanziert werden. Stellt die Entwicklung der Profitrate die Kapitalisten dennoch nicht zufrieden, dann stoppen sie die Investitionen in den am schwersten durch die Krise betroffenen Branchen, schränken die Produktion ein, lassen kurzarbeiten, legen Betriebsteile oder ganze Betriebe still, werfen die Arbeiter auf die Straße und investieren ihr Kapital in anderen Branchen oder im Ausland, wo sie eine bessere Verzinsung ihres Kapitals erwarten.

So enthüllt sich die von den D„K"P-Revisionisten ausgegebene Losung „Sicherung der Arbeitsplätze durch Erhöhung der Massenkaufkraft' ökonomisch als absolut unsinnig, den wirtschaftlichen Gesetzen des Kapitalismus völlig wesensfremd. **Was diese Parole allerdings wirklich erläutert, ist die Taktik, mit der die modernen Revisionisten in die Tageskämpfe der Arbeiterklasse eingreifen, um ihre Rolle als Agentur der Kapitalistenklasse in der Arbeiterbewegung zu erfüllen.**

Das ist die kapitalistische "Vernunft"

Die gegenwärtige Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse ist durch das Sinken der Reallöhne und durch die wachsende Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Das sind gegenwärtig die beiden Hauptsorgen der Arbeiter und ihrer Familien. Also treten die modernen Revisionisten mit der Forderung nach höheren Löhnen und sicheren Arbeitsplätzen auf. Während aber die tatsächliche Entwicklung die Zuspitzung des Widerspruchs zwischen Bourgeoisie und Proletariat und den unversöhnlichen Charakter dieses Widerspruches immer klarer erkennen läßt, treten die modernen Revisionisten auf und behaupten, es sei durchaus im Interesse des Kapitalismus, daß die Löhne erhöht werden, damit die Arbeitsplätze sicherer und die Krise überwunden wird. Sie knüpfen an die Forderungen der Massen an, um sie an den Kapitalismus zu ketten. Sie greifen scheinradikal einzelne Kapitalisten an, rechnen vor, welche Profite er gescheffelt hat, stellen ihn als „Preistreiber" an den Pranger, um dann zu erklären, daß durch die Beseitigung solcher „Auswüchse" der Kapitalismus krisenfrei und die Arbeitsplätze „sicherer" würden. Sie prangern einzelne Erscheinungen der Ausbeutung an, um zu behaupten, letztlich habe der Kapitalismus auch ein Interesse an der Beseitigung dieser „Mißstände". Scheinbar radikal auftretend, propagieren sie die Politik der „Klassenversöhnung", schüren sie Illusionen über das Wesen des Kapitalismus, um die Arbeiterklasse vom revolutionären Kampf abzuhalten.

Es ist nicht verwunderlich, wenn der imperialistische DGB-Apparat die Argumente der modernen Revisionisten begierig aufgreift. **Der DGB-Apparat als Unterdrückungsapparat gegen die Arbeiterklasse stützt sich zwar personell hauptsächlich noch auf die alte Sozialdemokratie, aber die führende Rolle der Ideologie des modernen Revisionismus tritt mit der Zuspitzung der Klassenwidersprüche immer klarer zutage.** Dies umso mehr, je klarer sich zeigt, daß die SPD durch ihre Bonner Politik von den breiten Massen der Werktätigen als gegen die CDU/CSU beliebig austauschbare Partei begriffen wird, was die letzten Landtagswahlen gezeigt haben.

**Der moderne Revisionismus ist der Hauptfeind in der Arbeiterbewegung.** Das gilt nicht nur im Hinblick auf die Frage der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse von Ausbeutung und Unterdrückung durch die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Das gilt auch in den Tageskämpfen. Die D„K"P-Revisionisten treten in Worten für relativ hohe Forderungen ein, um gleichzeitig zu erklären, die Erfüllung dieser Forderungen sei für den Kapitalismus eigentlich kein Problem und würde nur durch die besondere Bösartigkeit und Uneinsichtigkeit einiger unvernünftiger Scharfmacher, gegen die es zu kämpfen gilt, verhindert.

Wir Kommunisten aber sagen den Massen die Wahrheit, die sie tagtäglich am eigenen Leib spüren: Die „Vernunft" der Kapitalisten bedeutet für die Arbeiterklasse ständige Verschärfung der Ausbeutung, Verschlechterung der Lebenslage und wachsende Arbeitslosigkeit. **Im Kampf gegen Lohnraub und Arbeitslosigkeit ist es sinnlos, auf die Einsicht der Kapitalisten zu hoffen. Nur im unversöhnlichen Klassenkampf können Lohnraub und Entlassungen verhindert werden. Eine gesicherte Existenz aber werden die Arbeiter sich niemals im Kapitalismus, sondern nur durch den gewaltsamen Sturz des Kapitalismus in der sozialistischen Revolution, durch die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse, durch den Aufbau des Sozialismus erkämpfen können.**

**GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG, ARBEITSLOSIGKEIT UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG!**
**VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DEN KAPITALISMUS UND SEINE HANDLANGER!**

# Ehemalige Mitglieder über die I"S"K:

## Nur die Fassade ist revolutionär

**Die Ortsgruppe Essen der „Initiative Sozialistischer Kulturschaffender" hat nach intensiver Auseinandersetzung um die richtige revolutionäre Linie im Kampf für den Sozialismus beschlossen, aus der I„S"K auszutreten. Die Ortsgruppe hat sich als revolutionäre Kulturgruppe an die Seite der KPD/ML gestellt, um unter ihrer Führung sich eng mit dem revolutionären Kampf der Arbeiterklasse zu verbinden und für die ideologische Vorbereitung der Revolution zu kämpfen.**

In einer Stellungnahme der ehemaligen Ortsgruppe der I„S"K heißt es zu ihrem Austritt: „*Was vertritt die I,S'K und welche praktische Politik vertritt sie? Lassen wir die I,S'K-Führer selbst zu Worte kommen: ,Wir meinen (...), daß es falsch wäre, den modernen Revisionismus zum Hauptfeind der Arbeiterklasse zu erklären und darüber die Rolle der Sozialdemokratie in den Hintergrund treten zu lassen: das hieße, von einer falschen politischen Analyse auszugeben (...) und den politischen und ideologischen Einfluß des modernen Revisionismus auf die Arbeiterklasse überschätzen' (I,S'K-Mitteilungen Nr. 4, 15.8.74).*"

Wer ist heute aber der Hauptfeind in der Arbeiterklasse, Sozialdemokratie oder moderner Revisionismus? Die ehemalige Ortsgruppe der I„S"K antwortet darauf entschieden, daß heute der moderne Revisionismus der D„K"P/„S"EW die Aufgabe hat, als Agentur des Kapitals in den Reihen der Arbeiterklasse Illusionen zu verbreiten und sie vom revolutionären Sturz des Imperialismus abzuhalten.

Trotz dieser durch und durch opportunistischen Linie von der SPD als Hauptfeind innerhalb der Arbeiterklasse, einer Linie, die dem Revisionismus direkt in die Hände spielt, „*erlauben sich die I,S'K-Führer in ihren ,Mitteilungen' Nr. 4 davon zu reden, daß das I,S'K-Manifest ,mit jeder Zeile die Künstler und Intellektuellen zur Teilnahme am politischen Klassenkampf gegen das imperialistische System aufruft und sich damit in einen unversöhnlichen Gegensatz zum modernen Revisionismus stellt'. Tatsächlich taucht nicht ein einziges Mal das Wort Revisionismus im Manifest auf, noch viel weniger gibt es eine Auseinandersetzung mit dem modernen Revisionismus, geschweige denn einen ,unversöhnlichen Gegensatz', von dem in den ,Mitteilungen' Nr. 4 die Rede ist. Was die I,S'K-Führer denen vorwerfen, die den Revisionismus bekämpfen, trifft im Kern das Wesen der I,S'K selber: ,Diese Kollegen kennen nicht das Wesen revisionistischer Kulturpolitik, die mit ökonomistisch und ständisch bornierten Manövern die Kulturschaffenden an den bürgerlichen Weg, an Reformillusionen und abenteuerliche Systemüberwindungsstrategien zu ketten sucht'.*"

Letztlich ist die revolutionäre Kulturarbeit nur dann auf dem korrekten Weg, wenn sie unter der Führung der Kommunistischen Partei bewußt angepackt wird. Die I„S"K-Führer aber, heißt es in der Stellungnahme der Genossen der ehemaligen I„S"K Essen, „*haben bisher zu dieser Frage nicht offen Stellung bezogen, sondern sich hinter Masken wie ,Bündnisorganisation', ,Kulturorganisation', ,Sammelbecken für vom Imperialismus enttäuschte Kulturschaffende' versteckt. In Wirklichkeit haben sich die I,S'K-Führer längst einem kleinbürgerlichen Zirkel angeschlossen, der sich als ,KPD' (GRF) bei den Massen verkaufen will. Kein Wunder, daß man in der I,S'K fast ausschließlich kleinbürgerliche Elemente trifft und auf Schritt und Tritt dem Opportunismus begegnet, denn die GRF (Gruppe Rote Fahne) ist selber zutiefst eine opportunistische Organisation, deren Gründung einen Spaltungsversuch der Einheit der Marxisten-Leninisten darstellte. Daß die I,S'K nur ein Ableger der GRF ist, ist vollends klar geworden durch einen Artikel in der „Roten Fahne" mit der demagogischen Überschrift ,Vorwärts mit einer Vereinigung revolutionärer Kulturschaffender', in dem interne Angelegenheiten der einzelnen Ortsgruppen ohne Absprache mit diesen offen ausgebreitet werden (vorzügliches Material für K 14). Daß der ideologische Kampf innerhalb der I,S'K in diesem Artikel verschwiegen wird, versteht sich bei diesen Rechtsopportunisten von selbst. Allerdings wagt die GRF nicht, offen als Führer der I,S'K aufzutreten und Mitglieder in offener ideologischer Überzeugungsarbeit zu gewinnen, sondern versucht, allerdings vergeblich, sich das Vertrauen der Mitglieder hinterhältig zu erschleichen. Das sind nicht Methoden einer Kommunistischen Partei. Ein solches Versteckspiel haben nur Kleinbürger nötig, die alles daransetzen müssen, ihr opportunistisches Wesen zu verbergen.*"

Die Stellungnahme der ehemaligen Ortsgruppe der I,S'K schließt mit dem Aufruf an alle revolutionären Mitglieder der GRF, „*aus dieser opportunistischen Organisation auszutreten!*" „*Wir rufen alle revolutionären Kulturschaffenden, die sich von der ,revolutionären' Fassade der GRF-Massenorganisation I,S'K haben blenden lassen, auf, die I,S'K zu verlassen und die scharfe Waffe der proletarischen Kultur in den Dienst der KPD/ML zu stellen, die als einzige die revolutionäre Tradition der KPD Thälmanns fortsetzt.*"



# Antikommunistische Provokation

**In der „Roten Fahne" Nr. 48 antwortet die Gruppe Rote Fahne (GRF) auf die Kritik im ROTEN MORGEN, in dem die GRF verurteilt wurde, weil sie die Hinrichtung des Westberliner Kammergerichtspräsidenten Drenkmann als „konterrevolutionär" bezeichnete.**

In ihrer Antwort unter der Überschrift „*Arbeitsteilung zwischen ,Vorhutpartei' und Abenteuergruppen – die ,revolutionäre' Taktik der KPD/ML.*" behauptet die GRF praktisch: Die KPD/ML mache die Propaganda – die RAF führe das aus, es würde arbeitsteilig verfahren. Bezweckt werden soll damit, die Linie der gewaltsamen proletarischen Revolution mit der Linie der RAF gleichzustellen, mit dem Zusatz, daß die KPD/ML sich nicht traue Bomben zu werfen, sondern sich von „*anderen die Kastanien aus dem Feuer holen*" ließe („Rote Fahne" Nr. 48).

Soll man das als Aufforderung von Agentprovokateuren verstehen?

Unsere Partei hat wiederholt die kleinbürgerliche Ideologie der RAF-Genossen entschieden kritisiert und gewisse anarchistische Tendenzen und Erscheinungen scharf bekämpft. Davon zeugen die Grundsatzartikel zur Ideologie des Terrorismus im RM 12/72, im RM 39/74, RM 48/74 usw. Aber die Partei hat auch die RAF-Genossen als Revolutionäre verteidigt.

Bei der Beurteilung gegenüber den Aktionen individuellen Terrors haben wir stets die Lehren Lenins verteidigt, die den Kommunisten in diesem Zusammenhang drei Aufgaben stellen: **1. den Verrat der Revisionisten geißeln, die sich gegen Terror und revolutionäre Gewalt überhaupt stellen; 2. die Tat moralisch rechtfertigen und 3. die Lehre für die Arbeiterklasse ziehen** (siehe dazu die letzte Ausgabe des ROTEN MORGEN, Nr. 49: „Unsere Haltung zum Terrorismus".).

Die GRF-Führer aber drücken sich insbesonders um die moralische Rechtfertigung der Hinrichtung Drenkmanns und können daher weder den Revisionismus geißeln noch die richtigen Lehren für die Arbeiterklasse ziehen. Um ihren Opportunismus zu verbergen, starten sie heftige Angriffe gegen die Partei, versuchen sie die KPD/ML und die RAF in einen Topf zu werfen.

Wohin dieser Opportunismus unmittelbar führt, zeigt sich darin, daß die GRF-Führer sich in der Gesellschaft der reaktionären Schreiberlinge vom „Bayernkurier" befinden, wenn sie KPD/ML und RAF gleichsetzen. Dort heißt es:

„*Zur Zeit sind in der Bundesrepublik mindestens 300 Politbanden am Werk, um diesen Staat sturmreif zu bomben. Sie haben nach Schätzungen der Polizei ungefähr 500 Zentner Sprengstoff zur Verfügung, der zum Teil aus Steinbrüchen, Bundeswehreinbrüchen oder eigener Fertigung stammt. Die Bewältigung der schwierigen logistischen, das heißt der Nachschubprobleme und der Beschaffung, hat offensichtlich die kommunistische Partei (KPD/ML) übernommen.*"

**Es ist klar, daß diese Verleumdungen das Verbot der Partei beschleunigen sollen. Daß die GRF diese schmutzige Tour mitreitet, ist unerhört, schlichtweg antikommunistisch.**

Wie kommt die GRF dazu? Weil diesen Opportunisten von ganzem Herzen die Propaganda der gewaltsamen Revolution zuwider ist, weil sie sich mit Haut und Haaren dagegen sträuben, die Hinrichtung Drenkmanns von einer richtigen prinzipiellen Haltung zum Terror her zu beurteilen.

Moralisch war es allemal gerechtfertigt, daß dieser Mann bestraft wurde – ob das politisch zum gegenwärtigen Augenblick richtig war, das ist eine andere Frage.

Absichtlich verwischen die GRF-Führer die Frage, ob sich der Terror gegen Teile der Bourgeoisie oder gegen das Volk gerichtet hat. Sie urteilen pauschal: Solche Aktionen „*nutzen allein der Konterrevolution, die solche Aktionen inszeniert, wenn sie ihr nicht kleinbürgerliche Elemente liefern*".

**Das ist geradezu lächerlich. Glauben die GRF-Führer ernsthaft, die Bourgeoisie würde ihre eigenen Kader umbringen, nur um einen Vorwand zu schaffen, die Faschisierung voranzutreiben? Die Provokationen der Bourgeoisie tragen andere Handschrift, das ist die Handschrift von Birmingham und London, wo Bomben gegen werktätige Jugendliche, gegen das Volk gelegt wurden, das sind konterrevolutionäre Terrorakte der Bourgeoisie wie die Bombendrohung gegen Stuttgart, die Verwirrung stiften sollen.**

Die GRF-Führer wagen zwar nicht offen zu behaupten, daß die RAF-Genossen Provokateure seien, doch ist bekannt, daß sie dies vertreten. Schon bei der Befreiungsaktion für den Genossen Baader durch die RAF schrieb die „Rote Fahne", daß die Bourgeoisie von vornherein über diese Aktion informiert worden sei, die Aktion durchgeführt wurde, damit die Bourgeoisie zuschlagen kann. **Die RAF-Genossen als Provokateure der Bourgeoisie hinzustellen, ist angesichts des Kampfes, den diese Genossen unter Einsatz ihres Lebens gegen die Isolationsfolter führen, allerdings eine Gemeinheit, ist widerlicher Opportunismus der GRF-Führer, mit dem Ziel, sich selbst aus der Schußlinie des Klassenkampfes zu bringen.**

Dahinter steckt im Grunde genommen die Auffassung, daß Terror grundsätzlich, daß revolutionäre Gewalt überhaupt die Bourgeoisie nur provozieren würde zum Terror. Es ist die gleiche pazifistische Lüge, die die Revisionisten verbreiten, die täglich nichts anderes als dies in ihren Organen verbreiten, um die Massen von der Revolution abzuhalten.

Erschreckt durch die verstärkte Hetze und den verstärkten Terror der Bourgeoisie fallen die GRF-Führer nicht nur voll in den revisionistischen Hetzchor gegen die „Linkssektierer" ein, sondern liefern der Bourgeoisie gleichzeitig „Argumente", wie sie den Kampf gegen die KPD/ML und die bewaffnete Revolution noch raffinierter führen kann. Jeder ehrliche Revolutionär in den Reihen der GRF muß sich die Frage stellen, ob er weiter eine Organisation unterstützen will, die in Situationen des verschärften Klassenkampfes so eilfertig von den grundlegenden Prinzipien des Marxismus-Leninismus abrückt und offen antikommunistische Töne anschlägt.

# Zusammenschluß von "DFG-VK"

## Gegen revolutionären antimilitaristischen Kampf

**„Die DFG/VK (Deutsche Friedensgesellschaft / Verband der Kriegsdienstverweigerer) ist eine pazifistische Organisation. Ihr Pazifismus ist gekennzeichnet durch ihr Programm. Sie verfolgt ihre politischen Ziele – Widerstand gegen die Kriegsvorbereitung und Beseitigung aller Kriegsursachen – mit gewaltlosen Mitteln." Diese Sätze stehen im Programm der am 23./24. 11. 1974 gegründeten DFG/VK. Sie drücken klar aus, daß dieser Zusammenschluß nicht dem Ziel der Einheit der antimilitaristischen Jugendlichen dienen soll, sondern vielmehr einen effektiven Kampf der Revisionisten gegen die wachsende revolutionäre antimilitaristische Bewegung ermöglichen soll.**

Ausdruck dieser revolutionären antimilitaristischen Bewegung ist die Tatsache, daß sich bereits seit längerem im Verband der Kriegsdienstverweigerer eine Opposition gegen den revisionistischen Vorstand und die revisionistische Linie der Organisation organisiert hat, die erklärt, daß die Hauptkriegsgefahr heute von den beiden Supermächten ausgeht und für den bewaffneten Sturz der Bourgeoisie kämpft, weil nur so die Kriegsursachen im eigenen Land bekämpft werden können.

Aus Furcht vor dieser revolutionären Opposition hatten die revisionistischen Verbandsführer alle Büchertische außer dem der Bundesgeschäftsstelle bei dem Kongreß verboten. Als die Opposition trotzdem einen Büchertisch aufbaute, an dem mit großem Erfolg Material verkauft und verteilt wurde, ließ die Kongreßleitung mit Tischen den Zugang zu diesem Büchertisch vom Tagungssaal aus absperren und ihn von Ordnern bewachen. Die Überlegung, den Tisch von Polizei räumen zu lassen, wurde allerdings wieder fallengelassen. Denn bereits bei ihrem Kongreß „Grundrechte schützen" hatten diese Herren durch den Ruf nach der Polizei, die 15 Genossen verhaftete, so deutlich gezeigt, was von ihrem „Pazifismus" zu halten ist, daß sie sich eine solche Blöße so schnell nicht wieder geben wollten.

Eine ebensolche Schlappe erlitten die revisionistischen Führer, als sie der Opposition den Saal für eine eigene Veranstaltung sperren wollten. Zu dieser Veranstaltung kamen außer einer Reihe von Freunden auch Vertreter des „K"BW. Der „K"BW hat jetzt seine Anhänger allesamt vom Kampf in der DFG/VK zurückgepfiffen, um sie „für den Aufbau des „K"BW" einzusetzen. Man kann sie zu den praktischen Erfahrungen, die dazu im VK gesammelt wurden, nur beglückwünschen. Dort nämlich saß bis vor kurzem ein Vertreter des „K"BW sogar in der Bundesleitung, um ohne jeden Widerspruch die revisionistische Politik der Führung mit durchzuführen.

Der gesamte Verlauf des Kongresses bewies noch einmal, was die Opposition bereits in einem Flugblatt entlarvt hatte: daß jetzt ein härterer Kurs zur Durchsetzung der revisionistischen Politik eingeschlagen wird. So hetzten die Führer des VK gegen die revolutionären Antimilitaristen und drohten mit Ausschluß und Suspendierung vor allem des VK Bochum. Ansonsten allerdings wurde jede politische Auseinandersetzung gestrichen, um den „festlichen Rahmen" des Kongresses zu wahren. So wurde sogar das Programm auf Geschäftsordnungsantrag hin ohne jede Diskussion en bloc verabschiedet. Diese Machenschaften werden die Opposition in der DFG/VK allerdings nicht daran hindern, weiter für den Zusammenschluß der Mitglieder gegen die revisionistische Linie dieser Organisation und für den revolutionären antimilitaristischen Kampf zu kämpfen.

## D'K'P-Prozeß in München

# Parlamentarische Illusionen werden geschürt

**Bereits seit geraumer Zeit läuft in München ein Prozeß gegen den Ortsvorsitzenden der D„K“P von München, Hankofer. Franz-Josef Strauß hatte Anzeige erstattet, als die D„K“P im Frühjahr 1972 in einem Flugblatt mit dem Titel „Stoppt Strauß und Barzel!“ geschrieben hatte, daß die CDU/CSU Abgeordnete kaufe und besteche. Über diesen Prozeß berichtet die „UZ“, die Zeitung der D„K“P, jetzt unter der Überschrift: „Vor den Schranken des Gerichts Bonner Korruption bestätigt.“**

Das liest sich zunächst wie der Gegenbeweis zum Prozeß gegen den ROTEN MORGEN in Hamburg, wo das Gericht keineswegs die Korruptheit des Bundestags bestätigte, sondern im Gegenteil gegen den verantwortlichen Redakteur und Verleger eine Strafe von insgesamt 3 500 DM verhängte.

Das scheinbare Rätsel löst sich allerdings auf, wenn man sieht, was für die D„K“P *„Bonner Korruption“* ist, und wie sie dagegen *„kämpft“*.

**Kronzeuge der D„K“P gegen Strauß war in München niemand anderer als der ehemalige Bundeskanzler und jetzige SPD-Vorsitzende Willi Brandt.** Die „UZ“ schreibt stolz, daß Willi Brandt bestätigt habe, daß die CDU/CSU *„durch materielle Angebote Abgeordnete der Regierungskoalition zum Fraktionswechsel zu bringen“* versucht habe. Sie zitiert den ehemaligen Bundeskanzler: *„Wer bei einem Parteiwechsel sein Mandat nicht niederlegt, der legt ein korruptes Verhalten an den Tag.“* Es ist sicher zutreffend, was Willi Brandt hier zugibt. Das ist aber weder ein Zufall, noch ein Beweis für die „Moral“ Brandts. **Die Bourgeoisie kommt heute nicht mehr drum herum, allzu offensichtliche Auswüchse des Parlamentarismus scheinheilig anzuprangern. Sie tut es – und mit ihr tun es die D„K“P-Revisionisten, die diese Sprüche von Brandt kommentarlos zitieren – um sie als Krankheiten eines grundsätzlich gesunden parlamentarischen Systems hinzustellen. Sie tun es, um zu verhindern, daß die Massen begreifen, wie es die Genossen Aust und Schubert vor Gericht vertreten haben, daß der Bundestag mitsamt seinen Abgeordneten Handlanger des Kapitals ist, geschaffen zu dem Zweck, das Volk zu betrügen.**

**Weil die D„K“P von dieser Aufgabe des Parlaments ablenken will, ist sie sogar gezwungen, über den Verlauf ihres eigenen Prozesses Lügen zu verbreiten.** Der Zeugenauftritt Brandts wird beschrieben, wo er einzelne Korruptionserscheinungen im Parlament beweist, es wird verschwiegen, wo die Zusammenarbeit zwischen Brandt und dem bürgerlichen Klassengericht deutlich wird, um den tatsächlichen Charakter des Parlaments zu vertuschen. So erging Brandt sich zunächst in Ausflüchten, als er aussagen sollte, warum er nicht, wie 1972 großspurig angekündigt, ein Gerichtsverfahren zur Aufdeckung der Korruption im Parlament eingeleitet habe. Als er schließlich nicht mehr weiterwußte, wandte er sich hilfesuchend an den Richter: *„Herr Richter, ich bin überfordert.“* Der Richter hatte natürlich Verständnis und Brandt durfte schweigen.

Daß die D„K“P solche Vorgänge im Prozeß verschweigt und es dem „Bayernkurier“ überläßt, sie aufzudecken, der damit natürlich meint, der SPD wieder einmal eins auswischen zu können, hat seinen guten Grund. Der D„K“P ist genauso wie der gesamten Bourgeoisie daran gelegen, für die Korruption im Bundestag nicht das parlamentarische System verantwortlich zu machen, sondern einzelne Abgeordnete, einzelne Parteien. Denn sobald die Massen erkennen, daß der Bundestag tatsächlich nur eine Schwatzbude ist, um die werktätigen Massen an der Nase herumzuführen, ist es auch aus mit dem Rezept, das die D„K“P als Ausweg aus dem Kapitalismus, als realistischen Weg zur Erreichung des Sozialismus verkündet: dem parlamentarischen, dem friedlichen Weg. Denn einzig und allein, um solche Illusionen zu schüren, greift sie die Korruptionsfälle im Bundestag auf: *„In der Tat – Kommunisten im Parlament sind ein gesundes Gegenmittel zur Korruption. Sie sind die einzigen, die Interesse daran haben, konsequent die Ursachen der Skandale bloßzulegen und sie mit der Wurzel zu beseitigen, damit die Parlamente nicht den Wünschen der Konzerne, sondern den Interessen der arbeitenden Menschen dienen.“* **Der „Kampf“ der D„K“P gegen die „Bonner Korruption“ hat also keinen anderen Zweck, um als „weisser Riese“ das Ansehen des Parlamentarismus vor den Massen wieder aufzupolieren, um zu verhindern, daß die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen erkennen, daß es zum Sozialismus keinen anderen Weg gibt als den der bewaffneten Revolution, der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats mitsamt seinem Bundestag.**

# 400 DM Strafe für Teilnahme an Trauerzug

**Am 4. 12. 1974 fand erneut ein Prozeß gegen einen Teilnehmer der Beerdigung des Genossen Günter Routhier statt. Genosse Otto D. hatte bereits einen Strafbefehl über 400 DM erhalten, weil er „als Fahnenträger“ an einer „verbotenen Demonstration“ teilgenommen habe.**

Der Genosse stellte gleich zu Anfang einen Antrag, die im Saal anwesenden Polizeispitzel zu entfernen. Dieser Antrag, den der Genosse mit dem Mordanschlag der Polizeispitzel auf Genossen Günther begründete, wurde von der Richterin mit der zynischen Bemerkung abgelehnt, ihm werde schon nichts passieren und außerdem sei die Verhandlung öffentlich. **Abgelehnt wurde auch der Beweisantrag des Genossen, in dem klargelegt wurde, daß er nicht an einer „verbotenen Demonstration“, sondern an einem – sogar noch angemeldeten – Trauerzug teilgenommen habe. Genauso weigerte sich das Gericht, zu den Akten zu nehmen, daß Frau Routhier, die diesen Trauerzug angemeldet hatte, niemals ein Verbot dieses Trauerzuges zugestellt worden war.** Erklärungen des Genossen, in denen dieses Vorgehen der Klassenjustiz entlarvt wurde, unterband das Gericht. Es verurteilte den Genossen, der überhaupt keine Fahne in der Hand gehabt hatte, als „Fahnenträger“ bei einer „verbotenen Demonstration“ zu 400 DM Geldstrafe.

Diese Begründung des Gerichts steht nicht nur im Widerspruch zu den Tatsachen, es steht sogar im Widerspruch zum Urteil im ersten Prozeß gegen einen Teilnehmer des Trauerzuges, wo das Gericht in seiner Urteilsbegründung zugeben mußte, daß es sich nicht um eine verbotene Demonstration, sondern vielmehr um ein „Trauergeleit“ handele.

Die „Neue Rheinische Zeitung“ widmete diesem Prozeß gegen den Genossen Otto D. viel Raum. Sie versuchte einerseits sein mutiges Auftreten vor Gericht mit Hinweisen auf den Beruf seines Vaters, der Landgerichtsdirektor in Duisburg war, lächerlich zu machen. Zum andern aber wurde dieser Prozeß genutzt, um Polizei und bürgerlicher Klassenjustiz mit einer breiten Darstellung der altbekannten Propagandalügen über den „natürlichen Tod“ des Genossen Günter unter die Arme zu greifen. Diese Wiederaufnahme der Pressepropaganda ist ein Beispiel dafür, daß die Bourgeoisie fürchtet, daß durch den Kampf der Partei die Wahrheit über den politischen Mord an Genossen Günter und ihr Überfall auf den Trauerzug bei den kommenden Prozessen breit in die Bevölkerung getragen wird.

**Brutal überfällt die Polizei die Trauergäste bei der Beerdigung des Genossen Günter**

## Prozeß § 218

# Freispruch erkämpft

Am 2. Juni 1973 hielt Kardinal Döpfner auf dem Odeonsplatz in München eine Kundgebung für die Beibehaltung des Paragraphen 218 ab. Die Kirche hatte die Leute aus den Dörfern nach München gelockt, indem sie freie Fahrt und kostenlosen Kaffee versprach, wenn man an der Kundgebung teilnehme.

**Die damals noch recht aktive Frauenbewegung in München machte eine Gegendemonstration, um für die Interessen der Frau einzutreten. Damals wurden bei einem brutalen Polizeieinsatz 50 Männer und Frauen festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Ca. 20 von ihnen haben jetzt ein Verfahren. Am 14.11.74 fand gegen eine der Demonstrantinnen ein Prozeß statt. Vorausgegangen war ein Strafbefehl über 600 DM, weil sie aus Leibeskräften auf einer Trillerpfeife gepfiffen habe. Zum Prozeß waren eine Reihe von Frauen gekommen, die bei der Gegenkundgebung ebenfalls dabei waren.**

Die Zeugen der Staatsanwaltschaft entlarvten sich gründlich. Sie machten alle die gleiche – falsche – Aussage, und als sie darauf hingewiesen wurden, daß aus den Akten hervorgehe, daß sich ihre Aussagen bis hin zu den Schreibfehlern decken, sagten sie noch unter Eid aus, daß sie ihre Aussagen selbst geschrieben hätten.

Die Genossin erklärte vor Gericht, daß der Kampf gegen den § 218 ein Teil des Kampfes der Frau gegen ihre Unterdrückung im Kapitalismus ist. Dabei ging sie besonders auf die Rolle der Kirche ein. „Um den Kampf der Frauen gegen den § 218 zu unterstützen“, sagte die Genossin, „war ich auf dem Odeonsplatz, um mit den Teilnehmern der Döpfner-Kundgebung zu diskutieren. Ausgerechnet die Kirche, die auf der einen Seite eine Kundgebung „für das Leben,“ veranstaltet, auf der anderen Seite aber die Greueltaten der jeweiligen Herrscher in der Vergangenheit wie in der Gegenwart abgesegnet hat, die Millionen Menschen mit ‚Gottes Segen“ in die verheerendsten Kriege gehetzt hat, und die nicht einmal davor zurückschreckt, faschistische Systeme wie in Chile, Griechenland und Spanien zu unterstützen. Diese Kirche führt ihre Politik der Unterstützung der Bourgeoisie auch in der Bundesrepublik konsequent durch. Demagogisch versucht sie den Arbeitern einzureden, daß sowohl Arbeitslosigkeit, schlechte Lebensbedingungen, Preissteigerungen wie auch auf der anderen Seite Reichtum und Macht nur eine „Prüfung Gottes' ist, an der beide Seiten schwer zu tragen haben! Mit einem riesigen Geldaufwand hat diese Kirche, wie berichtet, Leute von den umliegenden Dörfern nach München gekarrt. Sie haben den Leuten die Fahrt und den Kaffee bezahlt, damit sie an der Kundgebung teilnehmen. Nur mit diesem Trick konnten sie die Kundgebung abhalten.

Den notwendigen Schutz für diese Kundgebung lieferte die massiv vorhandene Polizei, die auch sofort eingriff, als die ersten Proteste gegen die Kundgebung laut wurden. Sofort stürmten Polizeiketten auf den Odeonsplatz, griffen einzelne heraus und schlugen auf sie ein. Sie schlugen auch noch drauf, wenn diese schon auf dem Boden lagen. Sie traten und prügelten auf Personen ein, um jede andere Meinung als die von Döpfner zu unterdrücken. Damit hat die Polizei mal wieder ihre wahre Funktion demonstriert: Schutz der Kirche und ihrer Ideologie und damit Schutz des Kapitals.“

**Dieser mutige Kampf der Genossin hatte Erfolg. Das Gericht mußte seine lächerliche Anklage zurücknehmen. Sie wurde freigesprochen.**

**Demonstration für die Abschaffung des § 218**

## KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

### MÜNCHEN:

Die Staatsanwaltschaft München hat die Ermittlungen gegen die Polizisten, die für die Ermordung des Taxifahrers Günter Jendrian verantwortlich sind, eingestellt. Die Begründung ist die gleiche, mit der bereits die Polizeibehörden direkt nach dem Tod Günter Jendrians ihr Vorgehen „rechtfertigten“: Die Polizisten hätten sich in einer „Notwehrlage“ befunden.

Günter Jendrian war von der Polizei erschossen worden, als ein Kommando schwerbewaffneter Polizeibeamter seine Wohnung überfiel, weil man angeblich Hinweise gefunden habe, daß er einen von der Polizei gesuchten „Anarchisten“ kenne. Sofort nach dem Mord verbreiteten die Polizeibehörden die Lüge, Günter Jendrian habe zuerst geschossen, die Polizei habe in „Notwehr“ zurückgeschossen. Um diese Lüge zu „beweisen“, wurden sogar Einschußlöcher im Hausflur präpariert. Angesichts der großen Empörung unter der Bevölkerung mußte diese Lüge fallengelassen werden und die Staatsanwaltschaft sah sich gezwungen, Ermittlungen aufzunehmen. Wie sich erneut bewies, einzig und allein zu dem Zweck, um sie dann, wenn man die Empörung verebbt glaubt, wieder einzustellen.

### MÜNCHEN:

Gegen die Münchner Rechtsanwältin Erika Fischer wurde ein Ehrengerichtsverfahren eingeleitet, weil sie – wie es in der Anschuldigungsschrift der Staatsanwaltschaft heißt – am 29.1.74 in der Hauptverhandlung gegen den Rotgardisten Sascha Haschemi zu den Zuschauern gesagt haben soll: „Wir wissen, daß hier in solchen Fällen immer festgenommen wird, auch ohne Rechtsgrundlage.“ Im gleichen Zusammenhang soll sie einem Mandanten, der erkennungsdienstlich photographiert werden sollte, geraten haben, die Hände vors Gesicht zu tun und die Haare ins Gesicht zu streichen. Diese angeblichen Anweisungen sind nach Ansicht der Staatsanwaltschaft ein Beweis, daß sie ihre Rechtsanwaltspflicht nicht „gewissenhaft“ ausübe. Die Strafmöglichkeiten in einem solchen Ehrengerichtsverfahren reichen von einer Verwarnung über das vorläufige Berufs- und Vertretungsverbot bis hin zum Ausschluß aus der Rechtsanwaltsschaft.

### KÖLN:

Am 21.11.74 begann in Köln ein Prozeß gegen Franz K. und drei türkische Kollegen wegen ihrer Beteiligung am Ford-Streik 1973. Sie sind angeklagt wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung, Widerstand und Nötigung. Der Prozeß wurde bereits am ersten Verhandlungstag vertagt, weil die Belastungszeugen offensichtlich ihre Aufgabe nicht erfüllten. So sagten einige der Zeugen sogar aus, die Angeklagten, denen sie bescheinigen sollten, einen Ford-Manager verprügelt zu haben, überhaupt nicht zu kennen.

### BOCHUM:

Am 19. und 26. 11. standen zwei Genossen der GRF in Bochum vor Gericht. Einer der beiden, Genosse Uwe, war vor einiger Zeit bei einer Kundgebung gegen seine Entlassung bei Opel Bochum von einem zivilen Polizisten mit der Pistole bedroht worden. Dieser Polizist sagte jetzt als Zeuge vor Gericht aus: „Wenn die Opel-Arbeiter einen Schritt näher gekommen wären, hätte ich geschossen.“ Die Polizisten hatten und haben natürlich vom bürgerlichen Klassengericht nichts zu befürchten. Stattdessen wurden die beiden Genossen wegen „Widerstand“, „Beleidigung“ und „versuchter Gefangenenbefreiung“ zu 800 DM bzw. 1 000 DM Geldstrafe verurteilt. Außerdem beschlagnahmte der Staatsanwalt die Unterlagen des Genossen Uwe, um ein weiteres Verfahren gegen ihn einzuleiten.

# Israelische Zionisten drohen mit nuklearem Potential

In passender Umgebung, auf einem Empfang mit Wissenschaftlern, erklärte Israels Staatspräsident Katzir vor kurzem, daß sein Land die Möglichkeit habe, Atomwaffen herzustellen und dies auch tun werde, „falls wir es brauchen". In fein abgestimmter Regie veröffentlichte die Presse zur gleichen Zeit eine Äußerung des Professors Simon Yiftah, nach der in der Wüste Negev eine Reserve von 25 000 t Uranium lagert. Auf die Frage, ob die für den Bau erforderlichen Teile bereits in Israel vorhanden seien, gab Katzir unklare und ausweichende Antworten und sagte: „Das kann man schwer sagen. Es handelt sich hauptsächlich um das Wissen."

**Alle diese Erklärungen sind nackte und unverhüllte Drohungen der israelischen Zionisten gegen die arabischen Völker und besonders gegen das palästinensische Volk.** Die Art und Weise und der Zeitpunkt, zu dem sie abgegeben wurden, sind keineswegs zufällig. Die arabischen Völker und besonders das palästinensische Volk haben in ihrem Kampf gegen die zionistischen Aggressoren große Erfolge errungen, und die Sache des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes findet breite Unterstützung in der ganzen Welt. Die UNO-Resolution über Palästina und die Einladung von Vertretern der PLO vor die UNO zeigen das deutlich. In der letzten Zeit haben die Guerillakämpfer ihre Kampfaktivitäten in den von Israel besetzten Gebieten verstärkt, während die Massen in machtvollen Streiks und Demonstrationen gegen die israelische Aggression und die israelischen Werktätigen mit militanten Streiks gegen ihre Ausplünderung durch die Zionisten kämpften. Angesichts dieser Situation sind die Drohungen der Zionisten mit Atomwaffen ein verzweifelter Versuch, den Kampf des palästinensischen Volkes zu unterdrücken. Sie stehen in einer Reihe mit den verstärkten Aggressionen der Zionisten gegen palästinensische Flüchtlingslager im Libanon, mit der verschärften Unterdrückung des Volkes in den besetzten Gebieten.

**Die Drohungen der Zionisten können nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Die israelischen Zionisten werden von den beiden Supermächten, den US-Imperialisten und den sowjetischen Sozialimperialisten gedeckt, ermuntert und unterstützt. Während die eine Supermacht Waffen in großem Maßstab liefert, liefern die anderen Soldaten und Experten, die sie bedienen und entwickeln können. Die Drohungen der israelischen Zionisten, hinter denen die beiden Supermächte stecken, werden das palästinensische Volk nicht einschüchtern können, seinen Befreiungskampf bis zum Sieg fortzusetzen.**

# Neue Runde im Wettrüsten eingeläutet

Fortsetzung von Seite 1

Die Verhandlungen zwischen beiden Supermächten um das neue SALT-Abkommen, die bereits im November letzten Jahres begannen, sind von vornherein durch das Wettrüsten beider bestimmt gewesen. Parallel zu den Verhandlungen stürzten sich beide Seiten mit noch größerer Intensität in eine neue Runde nuklearen Wettrüstens, in dem es um technische Überlegenheit geht. So feuerte die Sowjetunion von Februar bis März dieses Jahres in einer Testreihe eine neue Interkontinentalrakete mit Mehrfachsprengkopf in den Atlantik, die SS-18 und SS-19. Die US-Imperialisten versuchten noch wenige Tage vor dem Treffen in Wladiwostok mit einer neuen Waffe aufzutrumpfen: einer umgebauten Boeing 747, die als fliegende Startrampe für Mehrfachsprengkopfraketen dient.

**Nun, nachdem die wesentlichen Grundzüge des Abkommens abgeschlossen sind, wird sich das Wettrüsten erst recht verschärfen.** Die USA verfügen zwar schon über 500 Interkontinentalraketen des Typs „Minuteman" und „Poseidon", doch können diese nur zwei bis drei Sprengköpfe tragen. Die Kremlzaren hingegen verfügen erst über einige wenige Raketen ihres Typs SS-18 und SS-19, aber diese Raketen können acht bis zehn Sprengköpfe tragen. Da das SALT-Abkommen jedoch mit keinem Wort etwas darüber aussagt, wie die festgelegte Anzahl an Waffen technisch ausgerüstet sein soll, werden beide Supermächte ihre Rüstung darauf konzentrieren, ihr Waffensystem zu verbessern, zu erneuern, umzukrempeln, um immer gefährlichere und umfangreichere Waffen zu schaffen. Denn auch der Neubau von Waffen ist laut SALT-Abkommen beschlossen – nur müssen dafür veraltete verschrottet werden.

Haben beide Supermächte ein Jahr lang gebraucht, um dieses Abkommen zu schaffen, so zeigt das, wie sehr sich die Spannungen zwischen beiden verschärft haben, wie sehr beide es darauf anlegen, den anderen militärisch zu übertreffen, um losschlagen zu können. Die Widersprüche und Spannungen waren so stark, daß sie die Frage der Atomwaffen in Europa von vornherein aus den Verhandlungen ausgeklammert haben.

Die sowjetischen Sozialimperialisten machen nicht einmal einen Hehl daraus, daß diese Abkommen für sie nur ein Fetzen Papier sind: *„Das Festhalten dieser oder jener Prinzipien in Abkommen auf dem Papier ist weit entfernt von ihrer tatsächlichen Verwirklichung"*, heißt es in einem Artikel der sowjetischen Zeitschrift „USA: Ökonomie, Politik und Ideologie". Und noch kurz vor dem Treffen in Wladiwostok veröffentlichte in der sowjetischen Zeitung „Roter Stern" der sowjetische Generalstabschef Kulikow einen Artikel, in dem er die Offensivstrategie mit Atomwaffen befürwortete. Es dürfe kein Abkommen getroffen werden, das den „ersten Nuklearschlag" der Sowjetunion versagt, da das die „militärische Handlungsfreiheit" gefährde. **Nicht Gleichheit laute die Zielsetzung der Sowjetunion, sondern absolute Überlegenheit!**

**Das ist eine offene Erklärung der sowjetischen Sozialimperialisten nach Weltherrschaft zu jagen, den nächsten Weltkrieg vorzubereiten. Noch eindeutiger brachte Kriegsminister Gretschkow die Kriegslüsternheit der sowjetischen Sozialimperialisten zum Ausdruck: *„Die sowjetische Armee und Marine können unter allen Umständen Kampfoffensiven mit großer Geschwindigkeit und in großer Tiefe unternehmen und taktische und strategische Aufgaben von jedem Ausmaß erfolgreich durchführen."*** („Kommunist", Nr. 3/1974). Und die „Krasnaja Swesda" tönte schon vor einigen Monaten unüberhörbar: **Die *„Sowjetunion ist bereit, jeden Krieg mit jedem Waffentyp zu führen"*.**

Die Ziele der beiden Supermächte, die Vorherrschaft über die Welt zu errichten, beruhen auf Aggressionen und imperialistischem Krieg. Dem dient auch das neue SALT-Abkommen. Es ist kein Fortschritt für wirkliche Abrüstung, für wirklichen Frieden, sondern läßt beiden freie Hand, ihre Rüstung noch intensiver voranzutreiben, einen neuen Weltenbrand vorzubereiten.

## Sozialimperialisten:
# Aggressive Pläne gegen die VR China

In der letzten Zeit sind in der Presse der sowjetischen Sozialimperialisten wiederholt Artikel und Kommentare erschienen, in denen der Volksrepublik China aggressive Absichten gegenüber der Sowjetunion unterstellt werden, in denen behauptet wird, die VR China erhebe widerrechtlich Ansprüche auf russische Gebiete. Gleichzeitig beteuern die sowjetischen Sozialimperialisten ihre eigenen „friedlichen Absichten". Ihr Oberhäuptling Breschnew selbst erklärte vor kurzem in der Hauptstadt der Mongolischen Volksrepublik Ulan Bator: „Wir erheben auf kein fremdes Territorium Anspruch und in diesem Sinne gibt es für uns keine ‚umstrittenen Gebiete'." Was soll man von den Erklärungen und Beteuerungen der sowjetischen Sozialimperialisten halten?

In Wirklichkeit breiten die neuen Zaren im Kreml nach der Methode des Diebes, der „Haltet den Dieb!" ruft, einen Lügenteppich aus, mit dem sie ihre eigenen imperialistischen Absichten und Verbrechen zudecken wollen. Tatsache ist, daß die VR China außerhalb ihres eigenen Territoriums in keinem Land der Erde Truppen stationiert hat, um andere Völker und Nationen zu unterdrücken. Die sowjetischen Sozialimperialisten unterdrücken mit ihrem Militärstiefel die Länder des Warschauer Paktes, um sie rücksichtslos auszuplündern und ihre Flotte kreuzt im Wettstreit mit den amerikanischen Imperialisten auf den Weltmeeren und bedroht die Völker und Nationen. Überall auf der Welt mischen sich die sowjetischen Sozialimperialisten durch Druck und Erpressung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ein, um sie an sich zu ketten und sie zu unterwerfen. Die rücksichtslose, aggressive, imperialistische Großmachtpolitik der neuen Zaren im Kreml ist bereits auf den Widerstand der Völker gestoßen und wird unvermeidlich zu einer Verstärkung des Kampfes der Völker gegen diese Supermacht führen. ***„Je mehr üble und anrüchige Taten sie verübt"*, stellte Genosse Tschou En-lai auf dem X. Parteitag der KP Chinas fest, *„desto schneller wird der Tag kommen, da sie das Sowjetvolk und die anderen Völker der Welt ins Museum der Geschichte verweisen werden."***

**1969: Chinesische Fischer am Wusuli-Fluß stellen sich den sozialimperialistischen Piraten in den Weg**

Tatsache ist, daß die sowjetischen Revisionisten seit ihrem Verrat am Marxismus-Leninismus zahlreiche aggressive Handlungen gegen die VR China verübt haben. Im März 1969 überfielen Soldaten der sowjetischen Sozialimperialisten die chinesische Insel Dschenbao im Wusuli-Fluß, wobei sie kurzerhand erklärten, diese Insel sei sowjetisches Territorium. Die neuen Zaren im Kreml beriefen sich bei dieser Behauptung auf „internationale Verträge", auf die Verträge von Aigun und Peking zwischen dem zaristischen Rußland und China aus den Jahren 1858 und 1860. Ganz abgesehen davon, daß selbst nach diesen Verträgen Dschenbao auf chinesischem Territorium liegt, verschweigen sie wohlweislich, daß das zaristische Rußland China in diesen Verträgen über eine Million Quadratkilometer Land raubte. **Nach der Unterzeichnung des „Chinesisch-Russischen Vertrages von Aigun" schrieb Friedrich Engels deshalb, daß Rußland *„China eines Gebietes, so groß wie Frankreich und Deutschland zusammengenommen, und eines Stromes von der Länge der Donau"* beraubte.**

Die sowjetischen Sozialimperialisten nennen sich selbst gern Marxisten-Leninisten, aber ihre Köpfe sind voll von den Träumen der alten Kolonialisten,und um ihre Schultern haben sie den zerschlissenen Mantel der alten Zaren gelegt. Um ihre imperialistischen Absichten zu rechtfertigen, fälschen die neuen Zaren im Kreml willkürlich die Geschichte, betreiben eine umfangreiche chauvinistische Propaganda. Im letzten Jahr ersetzten sie die alten chinesischen Namen verschiedener Orte in den von den alten Zaren geraubten Gebieten durch russische, um den Eindruck zu erwecken, diese Orte hätten schon immer zu Rußland gehört. Vor kurzem veröffentlichten sie einen Artikel, in dem behauptet wird, der zaristische Offizier Prschewalski habe den See Lop Nor und die Quellseen des Gelben Flusses, die mitten in China, hunderte von Kilometern von der sowjetischen Grenze entfernt liegen, vor 80 oder 90 Jahren als „erster entdeckt" und ihnen nach dem „Recht des Erstentdeckers" russische Namen gegeben.

Tatsache ist, daß Chinesen der verschiedenen Nationalitäten seit alters her in diesen Gebieten leben und daß chinesische Forschungsreisende seit dem 2. Jahrhundert vor unserer Zeit detaillierte Berichte über die Berge, Flüsse, das Klima, die Erzeugnisse und sozialen Verhältnisse dort gegeben haben. Warum tischen die sowjetischen Sozialimperialisten solchen Unsinn auf? **Bekanntlich benutzte Hitler den Trick unter dem Ruf „Heim ins Reich!", um andere Länder zu überfallen. Die Methoden der neuen Zaren sind von der gleichen Art. Offenherzig enthüllt ein sowjetischer Marschall in seinem Buch über die „Marine in Kriegs- und Friedenszeiten" den Grund des Geschreis über die „Erstentdecker": *„Als erster Entdecker dieser Orte war Rußland vollständig berechtigt, sie zu besetzen."***

***„Das"*, heißt es in einem Kommentar der Nachrichtenagentur Hsinhua, *„enthüllt die tollen Ambitionen von Breschnew und Konsorten, wenn sie zungenfertig über die ‚geographischen Entdeckungen' ihrer Vorfahren sprechen, vollständig: Sie wollen die Plätze, die einst von den alten Zaren besetzt worden sind, haben, und sie wollen die Orte, die die alten Zaren ‚entdeckt' aber nicht besetzt haben, an sich reißen. Die neuen Zaren haben wirklich einen großen Appetit!"***

# Amis raus aus Südkorea!

**Vor dem zuständigen Ausschuß der Vollversammlung der Vereinten Nationen hat am 25. November die Debatte über die Korea-Frage begonnen. Nachdem die UNO-Vollversammlung im letzten Jahr die drei Prinzipien der Selbständigkeit, der friedlichen Wiedervereinigung und der großen nationalen Einheit Koreas anerkannt hat und die Auflösung der „UNO-Kommission für die Vereinigung und Wiederherstellung Koreas" beschlossen hat, haben Algerien und andere Länder in diesem Jahr eine Resolution eingebracht, in der der Abzug aller im Namen der Vereinten Nationen in Südkorea stationierten fremden Truppen gefordert wird.**

Verantwortlich für die Spaltung Koreas sind die USA-Imperialisten, die 1950 unter der Flagge der UNO ihren Aggressionskrieg gegen Korea begannen und seit dieser Zeit Südkorea besetzt halten. In dieser ganzen Zeit haben sie verschiedene faschistische Cliquen an die Macht gebracht, um die Unabhängigkeit und Wiedervereinigung Koreas zu verhindern und den Kampf der südkoreanischen Bevölkerung grausam zu unterdrücken. Ungeachtet des faschistischen Terrors hat die Bevölkerung von Südkorea wiederholt machtvolle Kämpfe gegen die USA-Imperialisten und ihre Lakaien geführt, so daß 1960 der Faschist Syngmann Rhee von der Bühne abtreten mußte und sein Nachfolger Pak Jung Hi in äußerste Bedrängnis geraten ist (vgl. RM 49/74).

Die USA-Imperialisten geben selbst zu, daß sie heute mehr als 38 000 Soldaten in Südkorea stationiert haben, die unter der Flagge der UNO mit den neuesten Waffen, darunter Atomwaffen und ferngelenkte Raketen, ausgerüstet sind. Ihre Anwesenheit allein hat bisher die friedliche Wiedervereinigung Koreas, ein Leben des Volkes in Freiheit und Unabhängigkeit, verhindert. Der Abzug der US-Truppen aus Südkorea ist deshalb die Voraussetzung für die Beendigung der ausländischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes und für seine friedliche Wiedervereinigung. Die US-Imperialisten haben in der Vergangenheit immer behauptet, ohne eine entsprechende Resolution der UNO hätten sie kein Recht, ihre Truppen aus Südkorea abzuziehen, da es sich um „UNO-Truppen" handele. Jetzt, da sie ihre Verurteilung durch die Völker der Welt fürchten, behaupten sie einfach, daß ihre Truppen gar keine UNO-Truppen sind, sondern gemäß den „Verträgen", die sie mit der Pak Jung Hi-Clique abgeschlossen haben, in Südkorea stehen.

Der Sprecher der Delegation der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) hat vor dem Ausschuß der UNO erklärt, daß das koreanische Volk die Tatsache, daß die Hälfte seines Landes von den USA-Imperialisten besetzt ist und die Souveränität und Würde der Nation mit Füßen getreten wird, nicht hinnehmen kann und wird.

Photo aus dem Befreiungskrieg des koreanischen Volkes gegen die US-Imperialisten. Bild: US-Soldaten werden gefangengenommen.

## Kambodscha:

# Trotz UNO-Resolution das Volk kämpft weiter

**Am 30. November gab Norodom Sihanouk, Staatsoberhaupt von Kambodscha und Vorsitzender der Nationalen Einheitsfront Kambodschas (NEFK), eine Erklärung ab, in der er die UNO-Resolution über Kambodscha zurückwies.**

> **Spendet zur Unterstützung des Befreiungskampfes des kambodschanischen Volkes auf das Konto:**
>
> **Vorstand der KPD/ML**
> **Spendenkonto**
> **Stadtsparkasse Dortmund**
> **Kto. Nr. 321 004 547**
> **Stichwort: KAMBODSCHA**

Er sagte, daß diese Resolution, die nur durch einen Verfahrenstrick der USA-Imperialisten zustandegekommen sei, den Zweck habe, *„der kambodschanischen Widerstandsbewegung einen ‚Waffenstillstand' aufzuerlegen, mit dem offensichtlich beabsichtigt wird, in einem souveränen Land (das Königreich Kambodscha, Mitglied der UNO von 1955 bis 1970) das neokolonialistische System der USA und ihrer Schöpfung, der ‚Khmer-Republik', aufrechtzuerhalten."*

*„Deshalb sage ich klar, daß die Königliche Regierung der Nationalen Union (KRNUK) niemals bereit ist, Seite an Seite mit der Delegation der Verräter von Phnom Penh in der UNO zu sitzen."*

*„Das einzige Problem in Kambodscha ist das der Aggression, der Einmischung und der neokolonialistischen Aktivitäten der USA..."*

Inzwischen haben das kambodschanische Volk und seine Streitkräfte auf den Schlachtfeldern rund um Phnom Penh neue Erfolge im Kampf gegen den Feind errungen. Innerhalb von zwei Wochen töteten oder verwundeten sie fast 900 feindliche Soldaten, erbeuteten eine große Menge Kriegsmaterial und schlossen den Ring um Phnom Penh noch enger. In den noch von der Lon Nol-Clique besetzten Gebieten weiten sich die Kämpfe der in die Marionettenarmee gepreßten Soldaten gegen ihre Lebensbedingungen und die Unterdrückung aus. Die Soldaten stürmen oft die Quartiere der Offiziere, nehmen sie fest und flüchten dann in die befreiten Gebiete. Zur gleichen Zeit haben auch die Arbeiter verschiedener Fabriken und Unternehmen in den noch von der Lon Nol-Clique besetzen Gebieten Streiks und Demonstrationen durchgeführt, in denen sie höhere Löhne und die Beendigung der Unterdrückung forderten.

Die Tatsachen zeigen, daß die Verräterclique in Phnom Penh, die nur noch 10 % des ganzen Landes kontrolliert, niemanden vertritt außer sich selbst. Ungeachtet der UNO-Resolution wird das kambodschanische Volk seinen Kampf fortsetzen und zum Sieg führen.

## Für die Befreiung der nördlichen Inseln

# Tausende Japaner im Kampf gegen SU-Imperialismus

**Zwischen Japans nördlicher großer Insel Hokkaido und der sibirischen Halbinsel Kamtschatka erstreckt sich die Inselgruppe der Kurilen. Vier dieser Inseln, die sich unmittelbar an Hokkaido anschließen und rechtmäßig zu Japan gehören, werden seit langem von den sowjetischen Sozialimperialisten widerrechtlich besetzt gehalten. In der letzten Zeit hat sich der Kampf des japanischen Volkes gegen die sozialimperialistischen Räuber und für die Rückgabe der nördlichen Territorien weiter verstärkt.**

Den ganzen September, Oktober und November über fanden in Tokio und in verschiedenen Städten Nordjapans Versammlungen statt, in denen die aggressive und expansionistische Politik der sowjetischen Sozialimperialisten enthüllt wurde. Auf einer Versammlung am 21. November erklärte ein ehemaliger Einwohner einer der Inseln vor über 800 Menschen: *„Über 20 Jahre sind vergangen, aber die Sowjetunion hält die Inseln immer noch illegal besetzt. (...) Die vier nördlichen Inseln, die von unseren Vorfahren mit ihrem Schweiß und Blut entwickelt worden sind, sind Teil von Japans Territorium."* Die Bewegung für die Rückgabe der nördlichen Territorien hat bereits tausende von Menschen erfaßt und die sowjetischen Sozialimperialisten in große Unruhe versetzt. Ihr Oberhäuptling Breschnew selbst erklärte in Verdrehung der Tatsachen: *„Eine Handvoll japanischer Elemente versucht absichtlich eine Provokation bei Nutzung der sogenannten ‚territorialen Frage' zu inszenieren."*

Tatsache dagegen ist, daß die Besetzung der Inseln durch die Sowjetunion eine Bedrohung für das japanische Volk ist und eine Gefährdung der wirtschaftlichen Sicherheit der Menschen im nördlichen Teil Japans darstellt. Nach und nach haben die sowjetischen Sozialimperialisten die Inseln zu großen Militärstützpunkten für ihre pazifische Flotte ausgebaut, dort Radarstationen und Flugplätze für Düsenflugzeuge errichtet. In Verbindung mit ihrer Flottenbasis in Wladiwostok versuchen die sowjetischen Sozialimperialisten von hier aus die Zugänge zum Japanischen Meer und anderen Teilen des Pazifischen Ozeans zu kontrollieren. Immer wieder patroullieren Kriegsschiffe der neuen Zaren im Kreml vor den Küsten Japans und fliegen sowjetische Langstreckenbomber über die Küsten und Inseln, die Sicherheit der Bevölkerung bedrohend, während sich Breschnew und Co. arrogant weigern, auch nur über die Rückgabe der Inseln zu verhandeln.

Darüberhinaus benutzen die sowjetischen Sozialimperialisten die geraubten Inseln, um die Fischgründe in Japans nördlichen Gewässern auszuplündern und stürzen die Fischer in wirtschaftliche Not. Ende Oktober z. B. drang eine sowjetische Fischereiflotte in die Gewässer um Hokkaido ein, wobei die Sozialimperialisten mit ihren modernen Schiffen mutwillig Fischernetze der japanischen Fischerboote zerstörten.

Die aggressiven und räuberischen Aktivitäten der sowjetischen Sozialimperialisten sind ein Zeichen für ihre verschärfte Rivalität mit den amerikanischen Imperialisten, die die japanischen Gewässer und Inseln seit langem als ihre Domäne betrachten, beim Kampf um Einflußsphären und beim Streben nach Weltherrschaft. *„Vor kurzem"*, erklärte ein Sprecher der japanischen Jugend auf einer Versammlung in Tokio, *„hat der US-Imperialismus die Aktivitäten seiner mit Atomwaffen bestückten Kriegsschiffe in Japan ausgedehnt, während die sowjetischen Sozialimperialisten, die die japanischen nördlichen Territorien besetzt halten, ihre pazifische Flotte gewaltig ausbauen und die Sicherheit Japans bedrohen. Der Kampf des japanischen Volkes für die Rückgabe der nördlichen Territorien ist ein Teil des Kampfes der Völker der Welt gegen die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion."*

Sozialimperialistische Bomer bedrohen das japanische Volk

# Aus aller Welt

**PALÄSTINA:**

Vor kurzem drang eine Partisaneneinheit der palästinensischen Freiheitskämpfer in einen Kibbuz im westlichen Galiläa ein und fügte den Zionisten große Verluste zu. Diese riefen in dem Gebiet den Belagerungszustand aus und stellten die Arbeit in den Fabriken und anderen Produktionsstätten ein. Sie setzten Panzer und Hubschrauber ein, um die Partisanen einzukreisen, doch diese zogen sich unversehrt zurück, nachdem sie dem Feind weitere Schläge versetzt hatten.

**DHOFAR:**

Die Patrioten in Dhofar haben ihre Angriffe gegen die Truppen des Sultanats Oman ausgeweitet und den reaktionären Kräften weiter Verluste zugefügt. An vielen Plätzen kam es zu heftigen Kämpfen, darunter auch im Gebirge westlich von Salaalah. In diesen Kämpfen verloren die reaktionären Truppen des Sultans 32 Soldaten, während weitere verwundet wurden.

**SÜDAFRIKA:**

Die 1 600 Arbeiter der drei Zuckermühlen in Durban sind in den Streik getreten. Sie kämpfen gegen die Rassendiskriminierung durch die weißen Rassisten und fordern höhere Löhne. Die weißen rassistischen Behörden schickten sofort einen Trupp von Polizisten, der mit automatischen Waffen und Tränengasgranaten ausgerüstet war, um die Streikenden zu unterdrücken. Die Betriebsleitung drohte, sofort das Feuer auf die Streikenden zu eröffnen zu lassen, wenn sie nicht wieder an ihre Arbeitsplätze gingen. Die Arbeiter jedoch trotzten diesen Drohungen und setzten ihren Streik auch noch am nächsten Tag fort.

# HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

**RADIO TIRANA**

| UHRZEIT | WELLENLÄNGE |
|---|---|
| **Das 1. Programm** | |
| 13.00 - 13.30 | 32 und 41 Meter |
| 16.00 - 16.30 | 32 und 41 Meter |
| 19.00 - 19.30 | 41 und 50 Meter |
| **Das 2. Programm** | |
| 14.30 - 15.00 | 32 und 41 Meter |
| 18.00 - 18.30 | 32 und 41 Meter |
| 21.30 - 22.00 | 41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle |
| **Das 3. Programm** | |
| 6.00 - 6.30 | 41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle |
| 23.00 - 23.30 | 41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle |

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7.23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz Mittelwelle
206 Meter entspricht 1,456 khz.

**RADIO PEKING**

19.00 – 20.00
21.00 - 22.00
Immer: 43,7 42,8 und 26,2 Meter

## Vor vier Jahren

# Dezemberaufstand der polnischen Arbeiterklasse

„Die Kugeln und der Kampf in Gdansk richten den Abgrund auf zwischen der Gomulka-Clique und der heldenhaften und revolutionären Arbeiterklasse Polens. Dieser Abgrund wird zum Grab der bürgerlichen Diktatur Gomulkas werden. Die revolutionäre Manifestation der Werftarbeiter ist ein bezeichnendes Ereignis... Sie ist die erste revolutionäre Manifestation des Proletariats gegen die bürgerliche Diktatur in den Ländern, wo die modernen Revisionisten, diese ideologischen Agenten des Weltkapitalismus, am Ruder sind...Im Jahre 1956 hat man Gomulka ein hundert Jahre langes Leben gewünscht. 1970 aber riefen die Arbeiter: ‚Nieder mit der Gomulka-Diktatur!' Die Manifestationen der Werftarbeiter tragen das starke, revolutionäre proletarische Gepräge. Sie stehen in Verbindung mit den glänzenden Traditionen der revolutionären Kämpfe des polnischen Proletariats, auf die alle progressiven Kräfte des Landes und der ganzen Welt stolz sein können. Die Werftarbeiter zeigen, daß nur der Weg des revolutionären Kampfes zum Sieg führt."

Mit dieser Erklärung richtete sich das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Polens am 16. 12.1970 an die polnische Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk, das im Norden in heldenhaften Straßenkämpfen für die Verwirklichung der Forderungen kämpfte, die die KP Polens auf tausenden von Flugblättern verbreitete: ‚*Nieder mit der Gomulka-Diktatur! Es lebe die Diktatur des Proletariats!*"

Der Kampf der polnischen Arbeiterklasse hatte seinen Ausgang genommen in der Empörung über eine erneute Preissteigerung von 11 – 25% durch die Gomulka-Clique. Die Arbeiter der Werft in Gdansk, die bereits seit einigen Monaten die Auswirkungen der neuen Wirtschaftsreform mit ihren scharfen Rationalisierungmaßnahmen in den Betrieben zu spüren bekommen hatten, waren die ersten, die sich erhoben. Ihnen schlossen sich die Arbeiter vieler anderer Städte an, um mit der Waffe in der Hand gegen die Polizei und das anrückende Militär des Revisionistenregimes zu kämpfen. Mehr als 30 Polizisten wurden von den revolutionären Arbeitern allein in Gdansk getötet. Trotz des heldenhaften Kampfes der polnischen Arbeiterklasse und ihrer erst vier Jahre vorher gegründeten marxistisch-leninistischen Partei jedoch erlitt der Kampf eine Niederlage. Er wurde im Blut erstickt. Die Lehren, die die polnische Arbeiterklasse aus diesen Kämpfen gewonnen hat, zeigten sich aber bereits darin, daß noch sechs Wochen lang, nachdem Gierek mit ungeheuerlicher Demagogie und kleinen wirtschaftlichen Verbesserungen die Macht übernommen hatte, die Streiks in Gdansk und anderen Städten weitergingen.

Die KP Polens faßt als Lehre dieser Kämpfe zusammen: „*Die ganze Gesellschaft war erstaunt über das brutale Vorgehen der Regierung im Dezember. Man konnte dabei den krassen Unterschied zwischen den pseudorevolutionären Losungen und dem Terror der Polizei und des Militärs sehen. Viele Illusionen wurden zunichte gemacht. Die betrogenen Arbeiter standen dem bewaffneten Schlag gegenüber, den man der Revolution versetzt hatte. Im Dezember bewies die Arbeiterklasse, daß der Klassenkampf nicht erloschen ist und daß es keine Harmonie und Zusammenarbeit zwischen den Klassen gibt, sondern nur den Kampf auf Leben und Tod zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie. Der Verrat an den Interessen der Revolution und des Sozialismus durch die modernen Revisionisten war für die breiten Massen der Werktätigen klar und verständlich. Man sah ein, daß man unbedingt und unvermeidlich die Stellungen des revolutionären Kampfes beziehen muß.*" Für diesen Kampf aber braucht die Arbeiterklasse eine marxistisch-leninistische Partei. Diese Partei, das war die entscheidende Lehre der Dezemberkämpfe, kann nur die KP Polens sein.

„*Die KP Polens ist die Partei der Einheit aller alten und jungen Kommunisten in Stadt und Land, im Kampf für den Sturz der bürgerlichen revisionistischen Diktatur und für die Ergreifung der vollen politischen Macht der Arbeiterklasse. Entweder mit der revisionistischen Partei zum Kapitalismus – oder unter der Fahne der KP Polens im Kampf für die Souveränität Polens und für seine Unabhängigkeit von den sowjetischen Sozialimperialisten und kapitalistischen Monopolen, für die Freiheit und die demokratischen Rechte der werktätigen Massen, für den Triumph der Revolution und des Sozialismus in Polen und in der ganzen Welt.*"

Die revolutionäre Erhebung der polnischen Arbeiterklasse und die blutige Niederschlagung durch das sozialfaschistische polnische Regime hat nicht nur für die Arbeiterklasse in Polen grundlegend Klarheit geschaffen, daß die modernen Revisionisten Sozialisten in Worten und Faschisten in der Tat sind. Diese Ereignisse wie auch der Einmarsch der Sozialimperialisten in die CSSR haben vielen deutschen Arbeitern klargemacht, daß der „Sozialismus", den die D„K"P propagiert, in Wahrheit eine faschistische Diktatur über die Arbeiterklasse und das ganze werktätige Volk ist. Der Vorgänger Honeckers, Ulbricht, war einer der ersten, der durch ein Glückwunschtelegramm an Gierek seine Freude darüber ausdrückte, daß die neue Bourgeoisie in Polen ihre Macht verteidigt, den Aufstand der Arbeiter niedergeschlagen hatte. Unsere Klassenbrüder in der DDR haben erlebt, wie sämtliche sowjetischen Besatzertruppen in Alarmbereitschaft versetzt waren, um, falls die Truppen der polnischen Revisionisten dem revolutionären Ansturm der Arbeiter nicht standhalten würden, einzugreifen. Diese sowjetischen Besatzertruppen werden auch ohne Zögern gegen unsere Klassenbrüder in der DDR eingesetzt werden, wenn sie sich gegen die bürgerliche Honecker-Diktatur erheben.

**So hat der heroische Kampf der polnischen Arbeiterklasse und ihrer Kommunistischen Partei nicht nur auf großartige Weise gezeigt, daß die Arbeiterklasse auch in den revisionistischen Ländern auf dem Vormarsch ist, sondern gleichzeitig die Lehren vermittelt, die die Arbeiterklasse aller Länder in ihrem Kampf beherzigen muß.**

Demonstrierende Arbeiter in Polen tragen Trauerbinden zu Ehren der Gefallenen des Dezemberaufstandes.

# Faschistischer Terror

Fortsetzung von Seite 1

die Zeit des Hitlerfaschismus zurückzugehen. Vor der Fußballweltmeisterschaft meldeten die Zeitungen ein drohendes Massaker: die RAF habe angekündigt, das Hamburger Volksparkstadion während eines großen Fußballspiels mit Sam 7-Raketen zu beschießen. Am 27. 5. dieses Jahres meldeten die Hamburger Ausgabe der Bild-Zeitung und andere Zeitungen, die RAF plane, das Trinkwasser einer westdeutschen Großstadt mit Zyankali zu vergiften. Solche Schreckensmeldungen lanciert die Bourgeoisie, um im Volk Angst zu erzeugen, um ihren Terror als zum „Schutz des Volkes" notwendig hinzustellen. **Als die bürgerliche Presse Ende Mai 1972 die Meldung verbreitete, die RAF habe angedroht, am 2. Juni an mehreren Plätzen in Stuttgart Bomben zur Explosion zu bringen, distanzierte sich die RAF sofort und erklärte, ihr Kampf richte sich ausschließlich gegen die Feinde des Volkes, während die angebliche Bombendrohung ein Beispiel faschistischen Terrors gegen das Volk sei und daher schärfstens von der RAF verurteilt werde.**

Die Bourgeoisie will das Bremer Verbrechen und die Drenkmann-Hinrichtung in einen Topf werfen, aber der Bremer Anschlag ist faschistischer Terror gegen das Volk, während die Hinrichtung des höchsten Richters Westberlins klar gegen den Klassenfeind gerichtet war, auch wenn sie vom Standpunkt der Revolution aus als nutzlos und äußerst unzweckmäßig bezeichnet werden muß.

Es gibt nicht einen einzigen halbwegs vernünftigen Gedanken, der dem Bremer Verbrechen auch nur einen Funken Plausibilität im Sinne der politischen Linken verleihen würde. **Nur die Bourgeoisie, ihr Staats- und Terrorapparat und ihre objektiven und subjektiven Agenten können hoffen, aus diesem faschistischen Verbrechen politisches Kapital zu schlagen.** Die Bourgeoisie und ihr Staatsapparat haben durch den Kampf der politischen Gefangenen und durch die breite Front der Solidarität schwere Schläge hinnehmen müssen. Nicht nur vor dem deutschen Volk, sondern vor der ganzen Welt sind ihre Verbrechen an den politischen Gefangenen bekannt geworden. Ein Mann wie Sartre hat sie angeklagt, Foltermethoden anzuwenden. Es ist ihr nach der Drenkmann-Hinrichtung nicht gelungen, mit der „Antiterrorismus-Hetze" von ihren Verbrechen abzulenken und das Volk für ihre Faschisierungziele zu mobilisieren. **In dieser Situation hat die Konterrevolution die vielen Drohungen der letzten Zeit wahrgemacht und ein faschistisches Verbrechen gegen Menschen aus dem Volk verübt. Der konterrevolutionäre Terror soll die revolutionäre Bewegung treffen, sie vom Volk isolieren, aber er wird vielen Menschen den verbrecherischen Charakter der Bourgeoisie, ihres staatlichen Gewaltapparat und ihrer Helfershelfer zeigen und Abscheu und Haß hervorrufen.**

## Großveranstaltung: Es spricht Ernst Aust

**Am 13. 12. spricht Genosse Ernst Aust auf einer Großveranstaltung in Dortmund. Er berichtet u. a. über den zehntägigen Besuch einer Delegation der KPD/ML in der Volksrepublik Albanien anläßlich des 30. Jahrestages der Befreiung Albaniens und des Triumphs der Volksrevolution. 13. 12., 19 Uhr, Dortmund-Barop, Stockumer Straße, Parkhaus Barop.**



## Parteibüros der KPD/ML

**Bielefeld:**
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1, Öffnungszeiten Mo. 16.30 – 18.30, Do. 16.30 – 18.30, Fr. 16.30 – 18.30, Sa. 9.00 – 13.00

**Bremen:**
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Mi: 16.00 – 19.00 Uhr

**Dortmund:**
Wellinghofer Str. 103, Tel: 0231/ 41 13 50, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

**Hamburg:**
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel. 040/43 99 137, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

**Hannover:**
Elisenstr. 20, Öffnungszeiten: Di und Do: 16.30 – 19.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Tel: 0511/ 44 51 62.

**Kiel:**
„Thälmann - Buchladen", Reeperbahn 13, Tel: 0431/74 762, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

**Lübeck:**
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

**Mannheim:**
Lortzingstr. 5, Öffnungszeiten Mo. – Fr. 17.00 – 18.30 Uhr, Sa. 9.00 – 13.00 Uhr, Tel 0621/37 67 44.

**München:**
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19, Tel: 089/77 51 79, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

**Stuttgart:**
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel: 0711/ 43 23 88, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.30 – 13.00 Uhr

**Westberlin:**
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10, Tel: 030/ 462 60 18, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14.00 Uhr